



**Policy Brief (02/25)**

## **Klima-Finanzpolitik in den Wahlprogrammen 2025**

Die Bundestagswahl 2025 wird nicht nur neue politische Mehrheiten bestimmen, sondern auch den Kurs Deutschlands bei der Finanzierung der sozial-ökologische Transformation des Energie-, Industrie-, Verkehrs- und Agrarsektors festlegen. Die Haushaltsfragen, die zum Bruch der aktuellen Koalition führten, werden auch die nächste Bundesregierung vor große Herausforderungen stellen.

Die Parteien erkennen trotz unterschiedlicher Vorstellungen zur Gestaltung alle die Notwendigkeit einer langfristig tragfähigen Finanzierung. Einige setzen auf starke staatliche Steuerung und Investitionen, während andere Marktmechanismen und private Kapitalmobilisierung bevorzugen. Trotzdem bleiben Lücken bei der Gegenfinanzierung von Maßnahmen und Vorschlägen. Der Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen wird kaum mit konkreten Vorschlägen ausgefüllt, und einige Parteien wollen sie sogar ausweiten.

Dieser Policy Brief zeigt, dass die Parteien in ihren Programmen noch zu wenige Aspekte einer nachhaltigen Klima-Finanzpolitik aufgegriffen haben, die die Transformation finanzierbar und sozial gerecht gestaltet und sich konsequent an den Klimazielen Deutschlands orientiert

von **Sabrina Greifoner, Swantje Fiedler, Beate Richter und Matthias Runkel**

## Kernergebnisse: Wie viel Klima-Finanzpolitik steckt in den Wahlprogrammen?

### Ambition erkannt, Umsetzung unklar, Finanzierung lückenhaft

- 1 Die Frage der Finanzierung der Transformation nimmt in den Wahlprogrammen der Parteien einen bedeutenden Stellenwert ein. Damit wird anerkannt, dass die Umsetzung der Klimaziele nicht nur technische, sondern auch fiskalische Herausforderungen mit sich bringt. **Dass Parteien die langfristige Finanzierbarkeit dieser Transformation thematisieren, ist ein Fortschritt** – insbesondere SPD, Grüne und Linke formulieren Konzepte zur Absicherung der Transformationskosten und zur gezielten Steuerung öffentlicher und privater Investitionen. Gleichzeitig zeigt die Analyse der Wahlprogramme, dass eine konsequente Ausrichtung auf die Prinzipien einer nachhaltigen Klima-Finanzpolitik nicht durchgängig gelingt.
- 2 Auffällig ist die **Inkonsistenz zwischen angestrebten Klimazielen und den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Steuerpolitik**. Die Parteien setzen weiterhin häufig auf pauschale steuerliche Entlastungen, die klimapolitisch fragwürdige Anreize setzen können, wie beispielsweise der Vorschlag zur Abschaffung der Energiesteuer (FDP) oder zur Ausweitung der Pendlerpauschale (Union).
- 3 Besonders deutlich wird die **unzureichende Klima-Finanzpolitik beim Thema Subventionen**: Während der Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen kaum mit konkreten Vorschlägen ausgefüllt wird, setzen viele Parteien sogar auf **neue Vergünstigungen**, die nicht immer zielgerichtet ausgestaltet sind. Dies betrifft insbesondere die Verkehrs- aber auch die Industriepolitik, wo trotz bestehender umfangreicher Förderprogramme zusätzliche Erleichterungen für energieintensive Unternehmen gefordert werden. Hier besteht die Gefahr, dass Entlastungen den notwendigen Strukturwandel verzögern.
- 4 Positiv hervorzuheben ist, dass **fast alle Parteien die soziale Dimension der Transformation adressieren**. Der soziale Ausgleich von Klimamaßnahmen – sei es durch Klimageldkonzepte oder sozial gestaffelte Energiepreise – hat inzwischen einen festen Platz in der politischen Debatte gefunden. SPD und Grüne präsentieren **strukturelle Maßnahmen**, die einkommensschwächere Bürger:innen bei der Anschaffung klimafreundlicher Alternativen unterstützen und vor künftigen Preissteigerungen schützen sollen. Allerdings bleibt in vielen Programmen unklar, wie diese Maßnahmen finanziert werden sollen und ob sie ausreichen, um sozialpolitische Härten abzufedern.
- 5 Insgesamt zeigt sich in den Wahlprogrammen ein Spannungsfeld zwischen klimapolitischen Chancen und Notwendigkeiten, wirtschaftspolitischen Interessen und fiskalischen Zwängen. **Die Zielsetzung einer nachhaltigen und langfristig tragfähigen Klima-Finanzpolitik wird zwar teilweise aufgegriffen, ihre konsequente Umsetzung bleibt jedoch in vielen Punkten unzureichend**. Am deutlichsten finden sich entsprechende Ansätze bei Grünen und Linken, teils auch bei der SPD. Entscheidend für die nächsten Jahre wird sein, ob es gelingt, Steuer-, Subventions- und Investitionspolitik konsequenter mit den Klimazielen in Einklang zu bringen und dabei sowohl soziale Gerechtigkeit als auch fiskalische Tragfähigkeit sicherzustellen.

### FÖS - Highlights und Lowlights im Abgleich mit zukunftsfähiger Klima-Finanzpolitik



- Die Parteien erkennen die Notwendigkeit einer langfristigen Transformations-finanzierung. SPD, Grüne und Linke legen konkrete Konzepte vor.
- Soziale Ausgleichsmaßnahmen werden von allen Parteien thematisiert. Grüne und SPD adressieren den Lock-In-Effekt, z.B. mit dem Sozialleasing von E-Autos.
- Grüne und FDP schlagen dynamische Netzentgelte oder Stromtarife vor, um bessere Verbrauchsanreize zu setzen.
- Alle Parteien bekennen sich zur Förderung tiergerechter Haltung.
- Grüne und Linke legen konkrete Maßnahmen für den Abbau klimaschädlicher Subventionen vor, z.B. mit der Abschaffung des Dienstwagenprivilegs oder von Vergünstigungen im Luftverkehr.



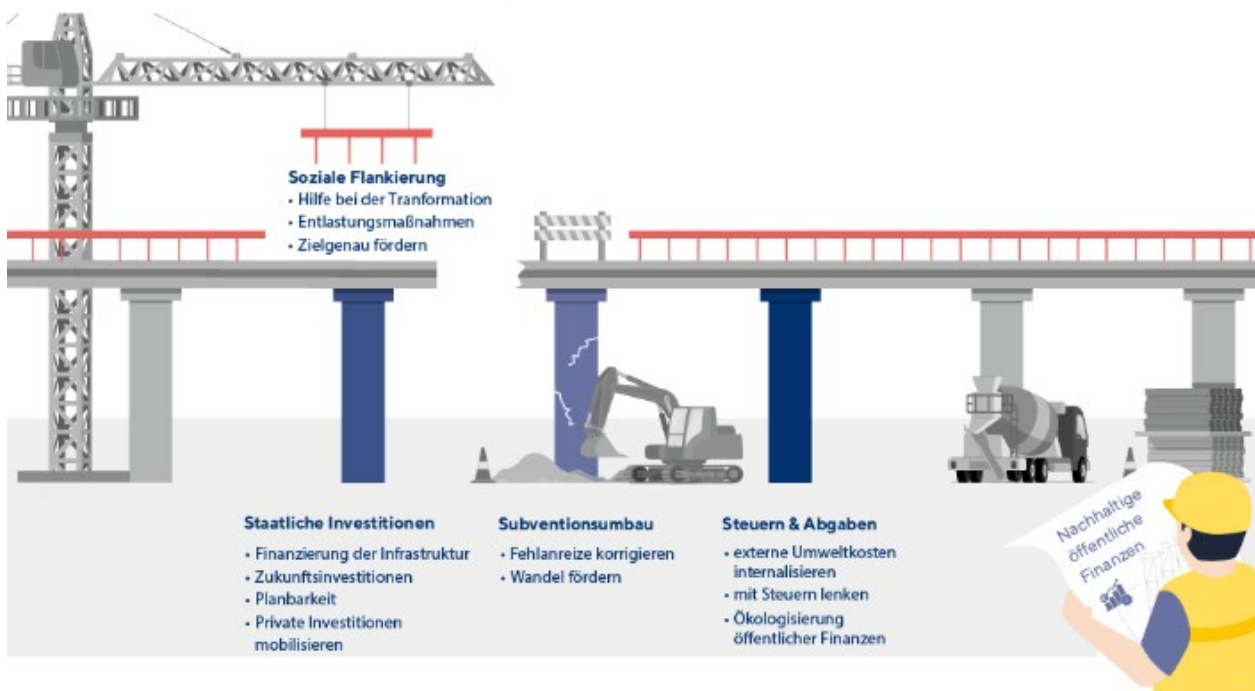
- Die Gegenfinanzierung von Entlastungen von Stromkosten für Haushalte und Industrie sowie von Maßnahmen in Landwirtschaft und Verkehrssektor bleibt unklar, insbesondere bei FDP und Union.
- Die Parteien setzen weiterhin auf Vergünstigungen und Subventionen mit klimaschädlicher Wirkung, z.B. FDP, Union und BSW bei der Agrardieselsubvention.
- Union, BSW und FDP wollen das Verbrenner-Aus rückgängig machen, BSW zudem das Leasing von Verbrennerfahrzeugen fördern. Damit bremsen sie den Ausbau der E-Mobilität und erzeugen Unsicherheit in der Industrie.

## 1 Was bedeutet zukunftsfähige Klima-Finanzpolitik?

Eine zukunftsfähige Klima-Finanzpolitik orientiert sich konsequent an den Klimazielen der Bundesregierung und adressiert zugleich die Herausforderungen des wirtschaftlichen und sozialen Wandels. Im Sinne des Pariser Klimaschutzabkommens (Artikel 2.1c) ist es erforderlich, alle Finanzströme mit einer nachhaltigen Entwicklung in Einklang zu bringen.

Dies bedeutet, dass sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite des Staates Instrumente wie Steuern, Subventionen und Investitionen auf ihre Klimawirkung hin überprüft und bei Bedarf neu ausgerichtet werden müssen. Eine zukunftsfähige Klima-Finanzpolitik lässt sich in drei zentrale Säulen gliedern: Staatliche Investitionen, Subventionsumbau und die Gestaltung von Steuern und Abgaben. Zusätzlich benötigen die drei Säulen ein stabiles, sozialpolitisches Fundament. Diese werden im Folgenden als Grundlage für die Analyse der Wahlprogramme detaillierter beschrieben.

Abbildung 1: Säulen der nachhaltigen Finanzpolitik



Quelle: FÖS

### 1.1 3 Säulen der Klima-Finanzpolitik

#### Zielkonforme Ausgabenpolitik: Investitionen für Transformation und Klimaschutz

Staatliche Investitionen zielen darauf ab Voraussetzungen für Transformation und Innovation zu schaffen, indem sie strategisch auf den Klimaschutz und die Zukunftsfähigkeit ausgerichtet werden. Der gezielte Einsatz öffentlicher Mittel kann transformative Innovationen anstoßen und private Investitionen mobilisieren. Voraussetzung hierfür ist eine transparente und langfristige Ausrichtung der staatlichen Investitionspolitik. Transparenz bei den Kosten, eine effiziente Priorisierung von Projekten und klare politische Leitlinien tragen dazu bei,

die Wirksamkeit öffentlicher Investitionen zu erhöhen. Eine zukunftsorientierte und klimagerechte Investitionspolitik stellt sicher, dass der Erhalt und die Weiterentwicklung notwendiger Infrastrukturen gewährleistet werden.

Darüber hinaus ist der gezielte Aufbau der notwendigen Kapazitäten in der staatlichen Verwaltung auf allen Ebenen nötig, um die erforderlichen Investitionen effizient umzusetzen. Dazu gehört nicht nur ausreichend Personal, sondern auch gut ausgebildete Fachkräfte. Ebenso essenziell sind moderne, digitalisierte Verwaltungsprozesse, die eine zügige Bearbeitung von Anträgen und eine transparente Mittelvergabe ermöglichen.

### **Effiziente Steuerpolitik: Langfristige Finanzierung und Lenkungswirkung**

Eine verursachergerechte Finanzierung durch Steuern und Abgaben ist von zentraler Bedeutung. Fehlanreize, die klimaschädliches Verhalten begünstigen, müssen konsequent abgebaut werden.

Auf der Einnahmenseite verfolgt eine Klima-Finanzpolitik zwei wesentliche Ziele:

- Erstens muss die Finanzierung langfristig gesichert sein, auch angesichts des Wandels hin zu emissionsarmen Technologien. Die langfristige Sicherung der Finanzierungsgrundlage kann durch die Entwicklung neuer Finanzierungsinstrumente erreicht werden.
- Zweitens sollten Steuern und Abgaben Anreize schaffen, die mit den Klimazielen konsistent sind und nachhaltiges Verhalten und Investitionen fördern. Dies beinhaltet die Einpreisung externer (Umwelt- und Klimakosten) bei den Verursacher:innen.

### **Konsistente Subventionspolitik: Fehlanreize beseitigen und Wandel fördern**

Subventionen müssen die Transformation zu klimafreundlichen Technologien gezielt unterstützen und Hemmnisse abbauen – insbesondere für jene, die auf Unterstützung angewiesen sind. Gleichzeitig sollten umweltschädliche Subventionen reduziert oder umgebaut werden, um ihre negativen Wirkungen auf Umwelt, Wettbewerb und öffentliche Haushalte zu vermeiden. Das bedeutet, konsistente Subventionspolitik muss darauf abzielen, gegenläufige Anreize zu beseitigen und Marktversagen zu korrigieren. Der Markthochlauf klimafreundlicher Technologien sollte durch befristete und evaluierte Förderungen unterstützt werden.

## **1.2 Soziales Fundament: Gerechte Verteilung von Chancen und Kosten**

Eine wirksame Klima-Finanzpolitik benötigt zudem ein solides sozialpolitisches Fundament. Für den Erfolg der Transformation ist es entscheidend, dass ihre Chancen und Kosten gerecht verteilt werden. Die Herausforderungen und Belastungen, die mit der Transformation verbunden sind, müssen sozial ausgewogen gestaltet und besonders für einkommensschwächere Gruppen abgemildert werden. So ist eine sozial gerechte Subventionspolitik unverzichtbar. Sie muss sicherstellen, dass insbesondere wirtschaftlich schwächere Gruppen Zugang zu klimafreundlichen Technologien und Angeboten erhalten.

Die Unterstützung einkommensschwächerer Gruppen ist aus mehreren Gründen von besonderer Bedeutung:

- Erstens sind diese Haushalte oft stärker von den kurz- bis mittelfristigen Kosten der Transformation betroffen. Steigende CO<sub>2</sub>-Preise wirken sich beispielsweise überproportional auf ihr verfügbares Einkommen aus (Preuss et al. 2019).
- Zweitens verfügen diese Gruppen über geringere finanzielle Spielräume für private Investitionen, die ihnen helfen könnten, ihre Abhängigkeit von fossilen Technologien wie Erdgasheizungen oder Verbrennungsmotoren zu reduzieren.
- Aus einer Zielperspektive betrachtet, erfordert der voranschreitende Klimawandel eine umfassende Dekarbonisierung nicht nur der Wirtschaft oder von einzelnen Vorreitern, sondern auch der Gesellschaft und des Lebens in Deutschland. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle Bevölkerungsgruppen in den Transformationsprozess einbezogen werden. Eine gerechte Gestaltung der Transformation und die Sicherstellung der Teilhabe aller Gruppen sind entscheidend, um die Akzeptanz für die notwendigen Maßnahmen zu gewährleisten.

Konkrete Ansätze zur Unterstützung einkommensschwächerer Gruppen können einkommensabhängige Förderprogramme, sozial gestaffelte Energiepreiskomponenten, gezielte Unterstützung bei der energetischen Gebäudesanierung, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen umfassen. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, dass die Transformation nicht nur ökologisch, sondern auch sozial nachhaltig gestaltet wird, was für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz und den sozialen Zusammenhalt unerlässlich ist.

## 2 Wieviel Klima-Finanzpolitik steckt in den Wahlprogrammen?

Dieses Papier untersucht, welche Aussagen die Parteien zur Klima-Finanzpolitik in ihren Wahlprogrammen treffen und inwieweit diese dem vorgestellten Konzept einer zukunftsfähigen Klima-Finanzpolitik entsprechen. Im Mittelpunkt steht die Frage, inwieweit die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Finanzierung der Transformation beitragen und ob sie im Einklang mit den Klimazielen stehen.

### Betrachtete Sektoren und Instrumente

Unsere Analyse konzentriert sich auf zentrale Sektoren der Dekarbonisierung und ausgewählte Querschnittsthemen. Die untersuchten Sektoren sind:

- Industrie und Energie
- Verkehr
- Landwirtschaft

Zusätzlich werden Querschnittsthemen betrachtet, die sektorübergreifend von hoher Relevanz sind:

- Finanzierung der Transformation und Energiewende
- Emissionshandel und die Verwendung der Einnahmen
- Abbau klimaschädlicher Subventionen

Die Untersuchung konzentriert sich auf politische Instrumente aus dem Bereich der Klima-Finanzpolitik, die finanzielle Anreize setzen. Dies betrifft sowohl Anreize durch Förderung und Subventionen, als auch ökonomische Preisinstrumente wie Steuern und Abgaben. Gleichzeitig wird geprüft, inwiefern die Maßnahmen mit Vorschlägen zur Gegenfinanzierung unterfüttert sind. In einzelnen Sektoren beschränkt sich die Analyse auf Beispiele.

Abschließend setzen wir Highlights und Lowlights aus Sicht des FÖS, in Abgleich mit dem Leitbild der zukunftsfähigen Klima-Finanzpolitik.

### Auswahl der Parteien und Wahlprogramme

Die Analyse beruht auf einer systematischen, qualitativen Auswertung der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025. Berücksichtigt wurden die Wahlprogramme der Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und Christlich-Soziale Union in Bayern<sup>1</sup> (CSU), Bündnis 90/Die Grünen (Grüne), Freie Demokratische Partei (FDP), Die Linke und Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW).

Die Darstellung der Wahlprogramme in den Tabellen orientiert sich an den Stimmerngebnissen der Bundestagswahl 2021, mit Ausnahme der BSW, die erst nach der letzten Wahl gegründet wurde. In diesem Text beziehen sich alle Seitenangaben und Zitationen der Parteien auf deren jeweilige Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025. Um die Lesbarkeit zu verbessern, nennen wir im Fließtext nur die Seitenzahlen, da die Wahlprogramme als zentrale Textgrundlage für die Analyse dienen. Sollten in Ausnahmefällen weitere Quellen herangezogen werden, wird dies im Text ausdrücklich kenntlich gemacht.

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist die einzige Partei, die den menschengemachten Klimawandel und dessen Folgen in ihrem Parteiprogramm zurückweist und Klimapolitik grundsätzlich ablehnt. Damit stellt sie sich außerhalb des wissenschaftlichen und politischen Konsenses, den alle anderen Parteien als Grundlage ihrer Programme teilen. Aufgrund dieser grundlegenden Ablehnung enthält ihr Wahlprogramm kaum relevante Vorschläge zur Klima-Finanzpolitik. Wo Maßnahmen dennoch Auswirkungen auf klimarelevante Investitionen oder den Staatshaushalt haben, werden sie in der Analyse berücksichtigt – jedoch stets mit dem Kontext, dass die AfD sich von den allgemeinen Prämissen der Klimapolitik fundamental unterscheidet und ihre Positionen daher nur bedingt mit denen anderer Parteien vergleichbar sind.

---

<sup>1</sup> Nicht berücksichtigt wurde das zusätzliche Programmpapier der CSU, das im Rahmen der Seeon-Tagung im Januar 2025 entstand.

## 2.1 Sektorübergreifend: nachhaltiger Haushalt

Die Transformation zur Klimaneutralität erfordert umfassende Investitionen und strukturelle Anpassungen in verschiedenen Bereichen. In diesem Kapitel werden die grundsätzlichen Aussagen der Parteien zu sektorübergreifenden Maßnahmen im Bereich der Klima-Finanzpolitik betrachtet, konkret zu Finanzierung der Transformation, CO<sub>2</sub>-Emissionshandel und klimaschädlichen Subventionen.

### 2.1.1 Gegenfinanzierung der Transformation

In allen Sektoren fallen in den kommenden 5-10 Jahren substanzielle Investitionen an: In der Energiewirtschaft müssen erneuerbare Energien massiv ausgebaut, das Stromnetz modernisiert und erweitert sowie speicherbare Kapazitäten und Speichertechnologien geschaffen werden. Die Industrie steht vor der Herausforderung, ihre Prozesse klimafreundlicher zu gestalten, unter anderem durch den Umstieg auf Strom und Wasserstoff als Ersatz fossiler Energieträger. Im Verkehrsbereich gilt es, den Fuß- und Radverkehr, den öffentlichen Nahverkehr und den Schienenverkehr deutlich zu stärken, während zugleich die Elektromobilität vorangetrieben und eine flächendeckende Ladeinfrastruktur bereitgestellt werden muss. Auch im Bereich der Agrar- und Forstwirtschaft sind Investitionen notwendig, etwa in nachhaltige Agrartechnologien, tiergerechte Tierhaltung, klimaschonende Praktiken in der Forstwirtschaft und die Wiedervernässung von Mooren.

In jüngster Zeit haben sich Wissenschaft und zivilgesellschaftliche Akteure intensiv mit den Investitionsbedarfen für diese Aufgaben auseinandergesetzt, sowohl mit privat zu leistenden Investitionen als auch mit den Investitions- und Finanzbedarfen der öffentlichen Hand.

Mehrere Studien haben versucht, die finanziellen Dimensionen dieser Herausforderung zu quantifizieren – teils mit unterschiedlichen Herangehensweisen und Methoden (vgl. z.B. Agora Energiewende 2024; BCG 2021; BCG u. a. 2024; BDI 2024; Dezernat Zukunft 2024; Dullien u. a. 2024; Fraunhofer ISE 2024; Prognos 2024).<sup>2</sup> Für Mehrinvestitionen mit Klimaschutzbezug<sup>3</sup> bewegen sich diese Investitionen in einer Spannbreite von 51 bis 150 Mrd. Euro jährlich (Expertenrat für Klimafragen 2025).

Das Bewusstsein um die finanziellen Dimensionen hat auch die politische Sphäre erreicht und findet in Vorschlägen zur Finanzierung der Transformation, insbesondere unter dem Aspekt der Infrastrukturinvestitionen, ihren Niederschlag in den Wahlprogrammen der Parteien.<sup>4</sup>

Vor allem in den Wahlprogrammen von SPD und Grünen, sowie in etwas geringerem Umfang bei Linken und BSW spielt das Thema der Investitionsbedarfe der kommenden Jahre und der Investitionsstau vergangener Legislaturperioden eine prominente Rolle mit mehrfacher Bezugnahme. Im Vordergrund stehen hier häufig Investitionen in die Infrastruktur – nicht ausschließlich mit Bezug zur Klimatransformation, aber häufig in diesem Zusammenhang. SPD, Grüne und Linke nennen auch Investitionen in den Klimaschutz, nachhaltiges Wirtschaften und den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien als Finanzierungsziele (Grüne 2025; Linke 2025; SPD 2025). Zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und der dazugehörigen Infrastruktur bekennt sich auch das Wahlprogramm der Union und weniger deutlich auch die FDP bei insgesamt weniger starker Schwerpunktsetzung auf die Frage von Finanzierung der Transformation (FDP 2025; Union 2025) Die AfD erkennt in ihrem Programm keinen Bedarf an besonderen transformations- oder klimaschutzbezogenen Investitionen an.

---

<sup>2</sup> Für eine Metadiskussion zur Vergleichbarkeit der Studien siehe das jüngste Zweijahresgutachten des Expertenrat für Klimafragen, 2025.

<sup>3</sup> Das meint Mehrinvestitionen, die über die ohnehin notwendigen Investitionen hinausgehen und speziell für die Umsetzung klimapolitischer Ziele erforderlich sind. Sie entstehen also zusätzlich zu den sogenannten So-wieso-Investitionen – also den Ausgaben, die auch

ohne Klimaschutzmaßnahmen in fossile Technologien und Infrastrukturen geflossen wären.

<sup>4</sup> Der Fokus des Kapitels liegt auf den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Gegenfinanzierung der Transformation, nicht auf den geplanten Investitionen selbst – diese werden in den jeweiligen Sektorkapiteln ausführlicher behandelt.

Tabelle 1-1: Standpunkte der Parteien zur Gegenfinanzierung der Transformation



- Reform der Schuldenbremse (S.17f)
- Deutschlandfonds von zunächst 100 Mrd. zur Mobilisierung privaten Kapitals (S.8, 18, 21, 33)
- keine Privatisierung von Infrastruktur, staatliche Kreditaufnahme für langfristige Investitionen in Infrastruktur (S.8, 16, 35)
- Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie Vermögenssteuer, höhere Kapitalertragssteuer und Einführung Finanztransaktionssteuer (S.17, 19f)



- Festhalten an der Schuldenbremse (S.75)
- Ausbau der Energieinfrastruktur durch mehr privates Kapital (S.19)
- keine Vermögensbesteuerung (S.32)



- Reform der Schuldenbremse (S.18, 36)
- Deutschlandfonds für Zukunftsinvestitionen zur Mobilisierung privaten Kapitals ergänzt regulären Haushalt (S.10, 17, 36f, 46, 108)
- Senkung von Finanzierungskosten durch langfristig sichere Rahmenbedingungen, Garantien und Regulierungen (S.42)
- globale Milliardärssteuer, eine fairere Erbschaftssteuer, eine gerechte Immobilienbesteuerung ohne Schlupflöcher und eine nationale Vermögenssteuer auf sehr hohe Vermögen als mögliche Reformoptionen (S.73)
- Beitrag der Öl- und Gaskonzerne zum Ausgleich der Kosten der Klimakrise (S.40)
- Schließen von Steuerschlupflöchern, höhere Erwerbsquoten, Subventionsabbau, Prinzipien des Gender Budgeting in der Haushaltsführung (S.37)

Tabelle 1-2: Standpunkte der Parteien zur Gegenfinanzierung der Transformation

## Freie Demokraten

FDP

- Beibehaltung Schuldenbremse (S.34)
- Ablehnung einer Vermögenssteuer oder -abgabe (S.13)

## Die Linke

- Abschaffung der Schuldenbremse (S.4, 13),
- Wiedereinführung Vermögenssteuer, Reform der Erb- und Schenkungssteuer und Einführung Finanztransaktionssteuer (S.10f)
- einmalige Vermögensabgabe für die Reichsten (S.11), Abschöpfung von Übergewinnen, auch von Energiekonzernen (S.7)

## Bündnis Sahra Wagenknecht

- Reform der Schuldenbremse für Investitionen in Infrastruktur (S.2, 15, 29)
- Verstaatlichung bestimmter Infrastrukturbereiche (Netze, Reservekraftwerke Gas), um nötige Investitionen zu sichern und dafür Aufnahme zinsgünstiger staatlicher Kredite (S.11)
- Reformen des Steuersystems, u.a. höhere Kapitalertragssteuer, Vermögensbesteuerung und Erbschaftssteuer (S.16)

\* Die AfD ist die einzige Partei, die den menschengemachten Klimawandel und dessen Folgen in ihrem Parteiprogramm zurückweist und Klimapolitik grundsätzlich ablehnt. Ihre Positionen mit Bezug zu Klima-Finanzpolitik sind daher nur bedingt mit denen anderer Parteien vergleichbar.



- Schuldenbremse strikt einhalten und Verschuldung senken, vor allem durch Kürzungen bei Klimaschutzmaßnahmen (S.54)
- Stärkere Ausgabendisziplin bei konsumtiven Ausgaben und effizienterer Mitteleinsatz (S.54)
- Absenkung von Steuern allgemein (S.54), insbesondere Abschaffung der Vermögens- und Erbschaftssteuer (S.60)



Zur Frage nach der **Beibehaltung der Schuldenbremse** in ihrer jetzigen Form positionieren sich alle Parteien. Eine Abschaffung fordert allein Die Linke. SPD, Grüne, und BSW sprechen sich in unterschiedlicher Detailtiefe für Reformen derselben aus (BSW 2025, S. 2, 15; Grüne 2025, S. 18, 36; SPD 2025, S. 17; Linke 2025, S. 4, 13). SPD und Grüne begründen dies explizit auch künftig erforderlichen Klimaschutzinvestitionen. Das BSW nennt die Investitionen in Infrastruktur als eine der Ausnahmen von der Schuldenbremse, für die es sich einsetzt, bringt aber an anderer Stelle auch die Idee einer Verstaatlichung bestimmter Infrastrukturbereiche als Lösung ins Spiel, speziell Energienetze und Reservekraftwerke (S. 2, 15, 29). Aus dem Kontext des Wahlprogrammes lässt sich ableiten, dass bei der Energieinfrastruktur nicht prioritär an die Erneuerbaren Energien gedacht wird (vgl. S. 9ff). Die Union bekennt sich zur Schuldenbremse, lässt aber in ihrem Programm die Frage nach Reformen offen (S.75). Die Freien Demokraten wie die AfD legen sich auf eine Beibehaltung der Schuldenbremse fest, wie sie im Grundgesetz<sup>5</sup> aktuell verankert ist (AfD 2025, S.54; FDP 2025, S.34).

**Fondslösungen** tauchen als Vorschlag für die Mobilisierung privaten Kapitals und als Ergänzung zur Reform der Schuldenbremse auf, bei SPD und Grünen als „Deutschlandfonds“ (Grüne 2025, S. 10, 17, 36f, SPD 2025, S. 8, 18, 21). Ausgestattet werden sollen sie (von staatlicher Seite) durch Kredite. Für Union und FDP soll **privates Kapital** ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Finanzierung der Infrastruktur spielen – bei CDU und CSU sowohl in Bezug auf Energie- und Verkehrsinfrastruktur (Union 2025), bei der FDP bei der Straße, jedoch ohne staatliche Fondslösung (S. 41).

Eine Gegenfinanzierung über die Erhöhung von Steuern bzw. die **Reform des Steuersystems** ist im Programm der SPD der zweite große Baustein im Konzept ihrer Transformationsfinanzierung, etwa über Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie Vermögenssteuer, höhere Kapitalertragssteuer und Einführung Finanztransaktionssteuer (S.17, 19f). Auch die Grünen nennen vergleichbare Reformen des Steuersystems als Option. Sie fordern zusätzlich eine verursachergerechte Beteiligung von Gas- und Ölkonzernen an den Kosten der Klimakrise (Grüne 2025), ebenso wie die Linken, die eine Übergewinnsteuer vorschlagen und ebenfalls umfangreiche Reformen des Steuersystems bei Vermögen, Erbschaft und Finanztransaktionen planen (S.7, 10f). Ihr Pro-

gramm enthält außerdem die Forderung nach einer einmaligen Vermögensabgabe (S. 11). Auch das BSW nennt Reformen des Steuersystems bei Vermögen, Erbschaft und Kapitalerträgen als Forderungen (S. 16). Insbesondere die Vermögensbesteuerung lehnen FDP und Union explizit ab, Unternehmensbesteuerungen wollen sie im Allgemeinen und ohne Bezug zu Verursacherprinzip oder Klimawandel auf max. 25% bzw. unter 25% senken (FDP 2025, S. 13; Union 2025, S. 32).<sup>6</sup> Die AfD lehnt Vermögens- wie Erbschaftssteuer grundsätzlich ab (S.60).

Zu den Prinzipien **nachhaltiger Haushaltsführung** insgesamt äußern sich nur die Grünen, die neben Prinzipien des SDG-Budgetings auch den Abbau klimaschädlicher Subventionen anführen (S. 37).

### 2.1.2 Abbau klimaschädlicher Subventionen

Die Subventionspolitik als dritte Säule der Klima-Finanzpolitik ist bislang nicht konsequent auf Klimaschutz ausgerichtet. Zahlreiche Subventionen stehen im Widerspruch zu den Klimazielen und Maßnahmen der Klimaschutzpolitik. In Deutschland widersprechen viele Subventionen zudem dem Verursacherprinzip: Die Kosten umweltschädlichen Wirtschaftens werden nicht von denen getragen, die es verursachen, sondern **auf die Allgemeinheit umgelegt**. Klimaschädliche Subventionen **verzerrern Preissignale** und führen zu fehlgeleiteten Investitionen. Klimaschädliches Verhalten bleibt finanziell attraktiver, als es eigentlich sein sollte. Unternehmen investieren weiter in fossile Technologien, anstatt auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen, und Verbraucher:innen halten an umwelt- und klimaschädlichen (Konsum-) Gewohnheiten fest, weil umweltschonendere Optionen teurer oder weniger verfügbar sind. So bremst die aktuelle Subventionspolitik den Wandel hin zu einer klimafreundlichen Wirtschaft.

Auch für den Staatshaushalt sind klimaschädliche Subventionen eine **doppelte Belastung**: Sie kosten sie direkt Geld, indem sie entweder staatliche Ausgaben verursachen oder Einnahmeausfälle bedeuten (FÖS 2023a). Die Folgekosten der Klimakrise, die langfristig von der Allgemeinheit getragen werden müssen – sei es durch Schäden an der Infrastruktur, höhere Gesundheitskosten oder steigende Versicherungsausgaben (FÖS 2020). Zusätzlich **konterkarieren sie die Ausgaben des Staates**, die klimafreundliches Verhalten und Dekarbonisierung befördern sollen – Deutschland subventioniert gegen sich selbst an. Denn damit klima-

<sup>5</sup> Artikel 115 Grundgesetz

<sup>6</sup> Eine erste Übersicht über die Steuerreformen der Parteien und die damit verbundenen Entlastungen sowie Mehr-

und Mindereinnahmen bietet das IW Köln, vgl. Hentze/Beznoska 2024.

freundliche Technologien und Verhaltensweisen überhaupt konkurrenzfähig werden, müssen sie zusätzlich gefördert werden – nur um die Vorteile auszugleichen, die fossile Technologien durch bestehende Subventionen genießen. Der Abbau dieser klimaschädlichen Vergünstigungen ist daher ein entscheidender Hebel, um klimafreundliche Lösungen auf den Markt zu bringen und ihre Verbreitung zu beschleunigen.

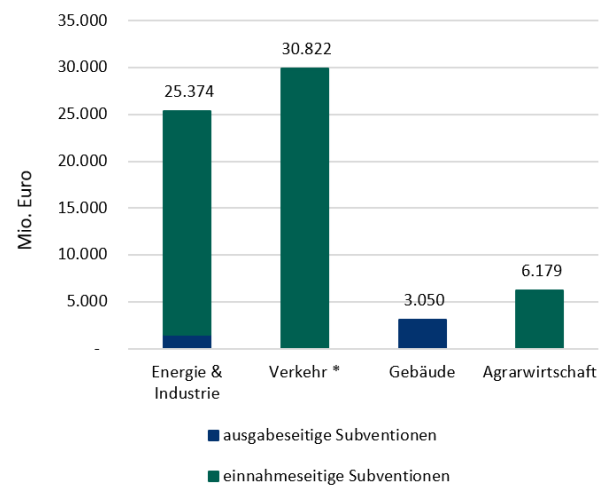
Zuletzt begünstigen viele der aktuellen umweltschädlichen Subventionen die einkommensstärksten Menschen überproportional – vom **Status quo profitieren v.a. die reichsten Menschen** (FÖS 2021a). Als soziales Instrument taugen sie kaum. Wo der Abbau soziale Härten bedeuten würde, kann mit den richtigen Begleitmaßnahmen gezielt und effektiv gegengesteuert werden (FÖS 2020; FÖS 2021b).

Der Abbau klimaschädlicher Subventionen ist also nicht nur ein klimapolitisches, sondern auch ein wirtschaftliches und soziales Gebot. Sie verzerren Anreize, halten klimaschädliches Verhalten künstlich am Leben, belasten den Staatshaushalt doppelt und begünstigen vor allem einkommensstarke Gruppen von umweltschädlichen Subventionen. Ihre Reduzierung würde die CO<sub>2</sub>-Bepreisung effektiver machen, klimafreundliche Alternativen stärken und soziale Ungerechtigkeiten abmildern – vorausgesetzt, dass begleitende Maßnahmen gezielt dort ansetzen, wo sie wirklich gebraucht werden.

Zum Abbau der Subventionen gibt es zahlreiche politische Bekenntnisse, auch international, aber **kaum Fortschritte**. Die G7-Staaten werden ihr selbst gesetztes Ziel

verfehlen, 2025 alle ineffizienten Subventionen für fossile Brennstoffe auszuschleichen (FÖS 2025). Auch die scheidende Bundesregierung hat das im Koalitionsvertrag festgesetzte Ziel, überflüssige, unwirksame und umwelt- und klimaschädliche Subventionen und Ausgaben abzubauen, nicht konsequent einlösen können. Stattdessen wächst das Volumen (FÖS 2024a; FÖS 2025).

**Abbildung 2: Volumen und Typen umweltschädlicher Subventionen nach Sektoren, 2018**



\* 960 Mio. Euro Subvention für Biokraftstoffe fließen nicht ein, da die zugrundeliegende Kraftstoffquote weder eindeutig einnahme- noch ausgabeseitig zuzuordnen ist. Quelle: FÖS auf Basis von UBA (2021c)

Tabelle 2-1: Standpunkte der Parteien zum Abbau von Subventionen

Partei	Standpunkte zum Abbau von Subventionen
<b>SPD</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Aussage zum Abbau umweltschädlicher Subventionen</li> <li>aber z.B. Entlastung energieintensiver Unternehmen bei Stromkosten (S.7, S.140)</li> </ul>
<b>CDU CSU</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>„Kassensturz“ zu Beginn der Legislaturperiode, um alle Ausgaben zu hinterfragen, insbesondere Subventionen (S. 75)</li> <li>aber z.B. Erhöhung der Entfernungspauschale, Entlastungen für den Luftverkehr oder Wiedereinführung Agrardiesel-Rückvergütung (S.20, 34, 72)</li> </ul>
<b>BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Klimaschädliche Subventionen schrittweise abbauen und freierwerdende Mittel für sozialen Ausgleich und Klimaschutz nutzen (S. 37, 40)</li> <li>Reform Dienstwagenprivileg, um deutlichere Anreize für klimaneutrale Mobilität zu setzen. (S. 21, 40)</li> <li>Abbau klimaschädlicher Subventionen im Luftverkehr (S.40)</li> <li>aber z.B. Entlastung energieintensiver Unternehmen bei Stromkosten (S.22)</li> </ul>

Tabelle 2-2: Standpunkte der Parteien zum Abbau von Subventionen

### Freie Demokraten FDP

- "weniger Subventionen, mehr Markt": Subventionen zurückfahren (S.35)
- Bestehende und neue Subventionsprogramme konsequent zeitlich begrenzen, degressiv ausgestalten, extern evaluieren (S.35)
- Staatsbeteiligungen veräußern (S.35)
- Abschaffung von Umweltsteuern, z.B. KfZ-Steuer, Luftverkehrssteuer (S. 16, 42)

### Die Linke

- weniger klimaschädliche Subventionen, freierwerdende Mittel stattdessen in Bildung, Soziales und Wohnungsbau (S.13)
- Subventionen an Nachhaltigkeits-Standards und Tarifgarantien knüpfen (S.43, 30)
- Abschaffung Dienstwagenprivileg für reiche Menschen (S.36)

### Bündnis Sahra Wagenknecht

- keine ineffizienten Technologien subventionieren (S.12)
- "Ökostromsubventionen" verteuern Energiepreise (falsch konstruierte Energiewende) (S.12)
- Subventionen und öffentliche Aufträge nur an Unternehmen mit Tariflohn (S.31)
- Wiedereinführung Agrardiesel-Vergütung (S.19)

\* Die AfD ist die einzige Partei, die den menschengemachten Klimawandel und dessen Folgen in ihrem Parteiprogramm zurückweist und Klimapolitik grundsätzlich ablehnt. Ihre Positionen mit Bezug zu Klima-Finanzpolitik sind daher nur bedingt mit denen anderer Parteien vergleichbar.

### AfD

- Ablehnung staatlicher Subventionen für Technologien, insbesondere Förderung von E-Mobilität und GEG (S.164) sowie Subventionen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien
- Wiedereinführung von z.B. Agrardieselerückvergütung

Noch in den letzten Wahlprogrammen nannten SPD, Grüne und Linke ausdrücklich den Abbau klimaschädlicher Subventionen als Ziel (FÖS 2021a). Im Wahlprogramm der SPD ist nun keine Aussage mehr zu finden. Grüne und Linke hingegen bekräftigen ihren Willen, **klimaschädliche Subventionen abzubauen** auch in den aktuellen Programmen. Die Grünen möchten dadurch frei werdende Mittel in den sozialen Ausgleich und Klimaschutzmaßnahmen lenken (S. 37, 40) und nennen als konkretes Beispiel das „Dienstwagenprivileg“, also die pauschale Besteuerung. Die Linken sehen diese bei Bil-

dung, Sozialem und sozialem Wohnungsbau besser eingesetzt und wollen die Gewährung an Nachhaltigkeits- und Tierwohlstandards knüpfen oder Standort- und Tarifgarantien einfordern (S. 13, 30, 43). Letzteres fordert auch das BSW (S. 31).

Auch die FDP verschreibt sich dem Subventionsabbau, allerdings nicht ausschließlich klimaschädlichen, sondern grundsätzlich. Mit der Zielsetzung des „schlanken Staates“ möchte die Partei generell weniger Förderung und mehr marktwirtschaftliche Lösungen, unabhängig vom Politikfeld. Die Beendigung der EEG-Förderung

und die Überführung in den freien Markt werden direkt angesprochen (S. 17).

Bestehende und neue Subventionsprogramme sollen laut FDP **zeitlich begrenzt, degressiv ausgestaltet und extern evaluiert** werden (S. 35) Dies greift wichtige Punkte der Leitlinien guter Subventionspolitik auf, die seit 2015 in den Subventionsberichten der Bundesregierung festgehalten sind (BMF 2023; vgl. auch FÖS 2023). Konsequenz angewendet können sie Dauersubventionierung verhindern, die den Strukturwandel ausbremsen.

Auch wenn diese Leitlinien grundsätzlich sinnvoll und begrüßenswert sind, bleibt festzuhalten, dass die FDP sie nicht explizit auf klimaschädliche Subventionen bezieht. Stattdessen nennt sie konkrete Abbau-Beispiele vor allem im Bereich der Klimaschutzinvestitionen – wie etwa beim oben genannten Stopp der Förderung Erneuerbarer Energien. Die Union möchte ebenfalls alle Ausgaben und Subventionen hinterfragen (S. 75), wird aber nicht konkreter.

Das BSW spricht sich gegen die Subventionierung ineffizienter Technologien aus – ein Begriff, der im breiteren Kontext des Wahlprogrammes gelesen werden muss: Die Kritik reiht sich in eine grundsätzliche Ablehnung einer schnell umgesetzten Klimaneutralität ein, insbesondere im Bereich der industriellen Dekarbonisierung und richtet sich gegen Maßnahmen der scheidenden Bundesregierung, beispielsweise Wärmepumpen oder die Abkehr vom Verbrennungsmotor. „Ökostromsubventionen“ sieht die Partei als Symptom einer falschen Energiewendepolitik (S. 12). „Ineffiziente Technologien“ dürfte damit auf grüne Transformationstechnologien abzielen und impliziert, dass deren Förderung zugunsten fossiler Technologien eingestellt werden soll. Die AfD wird deutlicher – sie lehnt nicht nur allgemein Subventionen für Technologien ab (S.164), sondern explizit diejenigen für Erneuerbare Energieanlagen (S.40).

Trotz dieser Zielsetzung zeigen die Wahlprogramme einiger Parteien **Widersprüche** im Punkt Subventionsabbau: So setzen sich nicht nur Union, FDP und SPD – die entweder generell alle Subventionen überprüfen oder sich wie die SPD gar nicht mehr zum Abbau positionieren – für eine dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß ein, sondern auch die Grünen und Linken, die sich in ihrem Programm eigentlich für den gezielten Abbau umweltschädlicher Subventionen aussprechen. Grüne wie SPD wollen auch die Strompreiskompensation für Unternehmen ausweiten (vgl. hierzu ausführlicher Kapitel 2.2.2). Die Union verspricht an anderer Stelle die Erhöhung der Pendlerpauschale (S. 12) und die vollständige Wiedereinführung der Agrarrückdieselvergütung (S. 34), die FDP (S. 42) setzt sich für

die Abschaffung der Luftverkehrssteuern ein (vgl. hierzu ausführlicher Kapitel 2.4.2). Fast alle Parteien haben auch Pläne zur Absenkung der Mehrwertsteuer, die je nach Ausgestaltung auch klimaschädlichen Konsum verbilligen kann (vgl. hierzu ausführlicher Kapitel 2.3.1).

### 2.1.3 CO<sub>2</sub>-Emissionshandel und Verwendung der Einnahmen

Der Emissionshandel ist sowohl eine zentrale Einnahmequelle im Rahmen der Klima-Finanzpolitik als auch ein wesentliches marktwirtschaftliches Steuerungsinstrument zur Erreichung der Klimaziele. Indem er die ökologischen Folgekosten von Emissionen einpreist, sorgt er dafür, dass „Preise die Wahrheit sagen“. Durch diese Internalisierung externer Kosten wird eine verursachergerechte Bepreisung von CO<sub>2</sub>-Emissionen ermöglicht, die finanzielle Anreize zur Emissionsminderung in den betroffenen Sektoren setzt (FEST/FÖS 2022; FÖS 2021a).

In der EU existiert seit 2005 das Emissionshandelssystem ETS I, das die Emissionen der Energiewirtschaft, der Industrie und des Luftverkehrs reguliert. Seit 2021 hat Deutschland zudem einen nationalen Emissionshandel (nEHS) eingeführt, der Brennstoffe in den Bereichen Wärme und Verkehr erfasst. Ab 2027 wird dieser in das neue ETS II überführt, das europaweit für die Sektoren Gebäude und Straßenverkehr gilt. Die CO<sub>2</sub>-Preise in diesen Bereichen sollen durch ein begrenztes Zertifikatensystem bestimmt werden, was voraussichtlich zu einem deutlichen Anstieg der Kosten für fossile Brennstoffe führen wird.

Besonders für einkommensschwächere Haushalte kann dieser Preisanstieg eine Herausforderung darstellen, da sie einen größeren Anteil ihres Einkommens für grundlegende Bedürfnisse wie Heizen, Strom und Mobilität aufwenden müssen. Die Belastung trifft sie daher überproportional, insbesondere in Bereichen mit unmittelbarem lebensweltlichem Bezug (DIW/FÖS 2024).

Entsprechend gibt es sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene Diskussionen darüber, wie steigende CO<sub>2</sub>-Preise sozial verträglich gestaltet werden können (FEST/FÖS 2022; FÖS/Öko-Institut 2024), am prominentesten in der Diskussion um das Klimageld (FÖS 2024b). Bereits zur Bundestagswahl 2021 kündigten die Grünen und die FDP an, Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung direkt an die Bürger:innen zurückzugeben. Im Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien wurde schließlich vereinbart, einen sozialen Kompensationsmechanismus über die Abschaffung der EEG-Umlage hinaus zu entwickeln, ohne dass die Einführung eines Klimageldes umgesetzt wurde (FÖS 2023c).

Diese Diskussionen haben sich fortgesetzt und spiegeln sich auch in den aktuellen Wahlprogrammen wider,

in denen alle Parteien Vorschläge zur Verwendung der Emissionshandelseinnahmen und zum sozialen Ausgleich formulieren.

Tabelle 3-1: Standpunkte der Parteien zum Emissionshandel und Einnahmeverwendung




		
<p><b>Emissionshandel und CO<sub>2</sub>-Preis</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• BEHG-Preisfad 2025 und 2026 beibehalten bis zur Einführung des ETS II 2027 (S.33f)</li> <li>• CO<sub>2</sub>-Preis "stabil halten" (S.6)</li> </ul> <p><b>Einnahmeverwendung und sozialer Ausgleich</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Geeignete Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene, um Überlastung durch steigende CO<sub>2</sub>-Preise zu verhindern (ETS I und II) (S.34)</li> <li>• Klimageld als eine mögliche Entlastungsmaßnahme mit Einführung von ETS II (S.34)</li> <li>• Weitere Maßnahmen: Social Leasing für Wärmepumpen und E-Autos, aufsuchende Stromspar-Beratungen (S.8, 34)</li> </ul>	<p><b>Emissionshandel und CO<sub>2</sub>-Preis</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Emissionshandel als marktwirtschaftliches Leitinstrument der Klimapolitik, aber auch Instrumentenmix (S.22)</li> <li>• Schrittweise Einbeziehung aller Sektoren in EU-ETS (S. 22)</li> <li>• Emissionshandel international voranbringen (S.22)</li> </ul> <p><b>Einnahmeverwendung und sozialer Ausgleich</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rückgabe der Einnahmen aus dem Emissionshandel an Verbraucher und Wirtschaft (S.22)</li> <li>• Einführung eines „Klimabonus“, zunächst zur Senkung von Stromsteuer und Netzentgelten (S.22)</li> <li>• Entlastung soll mit steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen zunehmen (S.22)</li> </ul>	<p><b>Emissionshandel und CO<sub>2</sub>-Preis</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterstützung für Einführung des ETS II, CO<sub>2</sub>-Preis als zentraler Hebel (S.38)</li> <li>• Emissionshandel als marktwirtschaftliches Instrument ist Teil eines Instrumentenmixes, komplementiert durch gezielte Förderung für die Wirtschaft sowie Ordnungsrecht (S. 20)</li> </ul> <p><b>Einnahmeverwendung und sozialer Ausgleich</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung für sozial gerechten Klimaschutz nutzen, Großteil der Einnahmen als „Klimageld“ einkommensabhängig zurückgeben, mit steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen ansteigend (S.40)</li> <li>• Schutz besonders belasteter Gruppen und Regionen, durch Infrastrukturmaßnahmen und Möglichkeiten für klimaneutrales Verhalten, sowie Ausbau von nach Einkommen gestaffelten Förderprogrammen (S.39f)</li> <li>• Weitere Maßnahmen: Social Leasing für Wärmepumpen und E-Autos und Subventionierung von Steckersolargeräten für Balkone (S.40)</li> </ul>

Tabelle 3-2: Standpunkte der Parteien zum Emissionshandel und Einnahmeverwendung



**Emissionshandel und CO<sub>2</sub>-Preis**

- EU-Emissionshandel als Leitinstrument der Klimapolitik (S.39)
- weitere Regulierungen sollen dafür abgeschafft werden, da sie neben dem Emissionshandel als überflüssig angesehen werden (S. 39)
- Eintreten für einen internationalen Emissionshandel mit globalem CO<sub>2</sub>-Preis ein (S.39)
- Einbeziehung von Negativemissionstechnologien in den Emissionshandel (S.39)

**Einnahmeverwendung und sozialer Ausgleich**

- Klimadividende: Einnahmen pauschal und pro Kopf zurückzahlen (S. 39)



**Emissionshandel und CO<sub>2</sub>-Preis**

- Ablehnung des ETS II, stattdessen verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen setzen, mit Förderprogrammen und staatliche Infrastrukturprogrammen unterstützen und Sektoren Wärme und Verkehr regulieren (S.33)
- keine CO<sub>2</sub>-Preise im Wärmebereich (S.34)

**Einnahmeverwendung und sozialer Ausgleich**

- Klimageld als sozialer Ausgleich für CO<sub>2</sub>-Preis, Direktzahlungen (S.7, 33)
- rückwirkend zum 1. Januar 2025 ein soziales Klimageld von 320 Euro jährlich pro Person (S.7)
- künftig Anpassung an die Entwicklung der CO<sub>2</sub>-Preise (S.7)



**Emissionshandel und CO<sub>2</sub>-Preis**

- Emissionshandel als „Irrweg“, da er nicht global angewendet wird; Forderung nach entweder einer Internationalisierung oder der Abschaffung des CO<sub>2</sub>-Preises (S.10f)
- Stattdessen Fokus auf technologischen Wandel und gezielte Anreize als zentrale klimapolitische Instrumente (S.10)

**Einnahmeverwendung und sozialer Ausgleich**

- -

\* Die AfD ist die einzige Partei, die den menschengemachten Klimawandel und dessen Folgen in ihrem Parteiprogramm zurückweist und Klimapolitik grundsätzlich ablehnt. Ihre Positionen mit Bezug zu Klima-Finanzpolitik sind daher nur bedingt mit denen anderer Parteien vergleichbar.



- ersatzlose Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Abgabe (S. 13)
- (zur Einnahmeverwendung gibt es nichts)

**Die Zustimmung zum Emissionshandel und der CO<sub>2</sub>-Bepreisung überwiegt** bei den Parteien insgesamt. Für Union und FDP ist er das zentrale marktwirtschaftliche Klimaschutzinstrument, das auf alle Sektoren ausgewei-

tet und international vorangetrieben werden soll. Während die Union ihn als Teil eines breiteren Instrumentenmixes betrachtet (S. 22), sieht die FDP ihn als einzig notwendiges Steuerungsinstrument und fordert die Abschaffung zusätzlicher Regulierungen (S. 39).

Auch SPD und Grüne erkennen den europäischen Emissionshandel als wichtiges Instrument an und befürworten die Einführung des ETS II im Jahr 2027. Während die Grünen den CO<sub>2</sub>-Preis als zentralen Hebel der Klimapolitik bezeichnen (S. 38), zeigt sich die SPD zurückhaltender: Sie verspricht, den CO<sub>2</sub>-Preis „stabil“ zu halten (S. 6), ohne näher zu definieren, was dies konkret bedeutet. Einen nationalen Mindestpreis im Rahmen des ETS-II, der das Preisniveau absichert und damit Planungssicherheit gäbe (FÖS/Öko-Institut 2024), nennt keine der Parteien. SPD und Grüne setzen neben dem Emissionshandel außerdem auf gezielte Fördermaßnahmen, die Grünen betonen zudem die Rolle des Ordnungsrechts als weiteres zentrales Steuerungsinstrument.

Deutlich skeptischer stehen Die Linke und das BSW dem Emissionshandel und der CO<sub>2</sub>-Bepreisung gegenüber. Die Linke lehnt den ETS II ab und setzt stattdessen auf verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen, ergänzt durch staatliche Förder- und Infrastrukturprogramme. Die Sektoren Wärme und Verkehr sollen durch direkte Regulierung gesteuert werden, CO<sub>2</sub>-Preise im Wärmebereich lehnt sie grundsätzlich ab (S. 33f).

Das BSW geht noch weiter und lehnt den Emissionshandel insgesamt als „Irrweg“ ab, da er nicht global angewendet werde. Die Partei fordert entweder eine vollständige Internationalisierung oder die Abschaffung des CO<sub>2</sub>-Preises (S. 10f). Stattdessen setzt sie auf technologischen Wandel und gezielte Anreize als zentrale klimapolitische Instrumente (S. 10). Folglich trifft das BSW auch keine Aussagen zur Verwendung der Einnahmen aus dem Emissionshandel oder zu spezifischen Maßnahmen des sozialen Ausgleichs. Auch die AfD fordert die ersatzlose Abschaffung des CO<sub>2</sub>-Preises (S.13).

Die anderen Parteien hingegen präsentieren unterschiedliche Konzepte, **wie durch CO<sub>2</sub>-Bepreisung erzielte Mittel genutzt werden sollen**, um Belastungen abzufedern und eine sozial gerechte Transformation zu ermöglichen. Die Union setzt auf eine indirekte Rückgabe der Einnahmen aus dem Emissionshandel, nämlich nicht in Form von Auszahlungen an die Bürger:innen. Sie möchte stattdessen die Entlastung durch eine Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte erreichen, für die sie die Einnahmen aus dem Emissionshandel verwenden will (S. 22). Dies führt zwar zu niedrigeren Stromkosten, erfolgt jedoch indirekt und ohne soziale Staffelung. Durch die einheitliche Senkung der Stromsteuer profitieren insbesondere diejenigen, die viel Strom verbrauchen – eine Lenkungswirkung hin zu weniger Verbrauch bleibt somit aus. Die FDP hingegen schlägt eine Klimadividende vor, bei der die Einnahmen pauschal pro Kopf an die Bevölkerung zurückfließen sollen (S. 39).

SPD und Grüne verfolgen einen insgesamt **wesentlich breiteren Ansatz**. Beide Parteien befürworten ein Klimageld als Instrument des sozialen Ausgleichs, wobei

die Grünen sich deutlicher dazu bekennen. Sie wollen den Großteil der CO<sub>2</sub>-Preis-Einnahmen in ein einkommensabhängiges Klimageld überführen, das mit steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen ebenfalls ansteigt (S. 40). Darüber hinaus betonen sie aber auch den Schutz besonders belasteter Gruppen und Regionen und nennen mehrere Maßnahmen, darunter Investitionen in klimafreundliche Infrastruktur und nach Einkommen gestaffelte Förderprogramme (S. 39f).

Die SPD sieht das Klimageld als eine mögliche, aber nicht zwingende Maßnahme zur Rückverteilung der Einnahmen (S. 34). Sie befürworten weitere Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene, um Belastungen abzufedern, etwa Programme wie Social Leasing für Wärmepumpen oder aufsuchende Stromspar-Beratungen (S. 8, 34). Im Vergleich zur Union und FDP legen sowohl SPD als auch Grüne einen differenzierteren Maßnahmenkatalog vor.

Die Linke setzt ebenfalls auf eine Direktzahlung als sozialen Ausgleich, die einkommensabhängig gestaffelt und an die Entwicklung des CO<sub>2</sub>-Preises gekoppelt werden soll (S. 7, 33).

#### 2.1.4 Bewertung: Unterschiedliche Finanzierungsansätze, offene Fragen

Eine zentrale Frage bleibt, wie die Entlastungen und notwendigen Investitionen finanziert werden sollen. Während SPD, Grüne, Linke und BSW verschiedene Steuerreformen sowie eine Reform oder Abschaffung der Schuldenbremse als Finanzierungsinstrumente vorschlagen, setzen Union und FDP auf eine Begrenzung staatlicher Ausgaben, die Mobilisierung privaten Kapitals und eine Fortführung der Schuldenbremse. Da sie keine Steuererhöhungen in Betracht ziehen, bleibt unklar, wie sie größere Finanzierungslücken schließen wollen. Die AfD erkennt transformationsbedingte Finanzbedarfe grundsätzlich nicht an und gibt daher auch keine Antwort auf die Frage ihrer Finanzierung. Stattdessen setzt sie ebenfalls auf eine Reduzierung staatlicher Ausgaben und nennt hier vorrangig Ausgaben mit Klimaschutzbezug, die sie vollständig streichen will.

SPD, Grüne und Linke hingegen legen Konzepte vor, die explizit auf die **langfristige Absicherung der Transformationskosten** und die **gezielte Steuerung öffentlicher wie privater Mittel** in klimarelevante Investitionen ausgerichtet sind. Damit greifen sie – in unterschiedlichem Umfang – zentrale Anforderungen an eine nachhaltige Klima-Finanzpolitik auf.

**Verursachergerechtigkeit** mit Bezug auf Kosten des Klimawandels spielt explizit nur bei den Grünen und Linken eine Rolle, die eine stärkere Beteiligung von Energiekonzernen an den Klimakosten fordern. Indirekt findet sie sich auch in den Vorschlägen der Steuerreformen

von SPD, Linke und BSW wieder, die in unterschiedlichem Umfang auf eine höhere Besteuerung der höheren Einkommensdezilen und Vermögen abstellen.<sup>7</sup> Bei FDP und Union wird das Prinzip der Verursachergerechtigkeit nur über den Emissionshandel aufgegriffen.

Beim Thema **Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen** lassen fast alle Parteien eine Leerstelle und damit die Chance ungenutzt, einen Haushalt zu gestalten, der sowohl **fiskalisch als auch ökologisch und sozial nachhaltiger** wäre. Obwohl sich viele in ihren Programmen grundsätzlich für eine Überprüfung von Subventionen aussprechen, bleiben konkrete Maßnahmen oft vage oder werden an anderer Stelle durch neue Vergünstigungen unterlaufen. Zudem kann keine Partei Ansätze dafür vorlegen, wie ein Subventionsabbau sozialverträglich gestaltet werden könnte. Die Erfahrungen der vergangenen Legislaturperiode haben jedoch gezeigt, dass ein bloßes „Abschaffen“ ohne strategische Kommunikation auf massiven Widerstand betroffener Gruppen stößt und damit oft politisch scheitert.

Die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung und deren sozialer Ausgleich sind mittlerweile fester Bestandteil der parteipolitischen Debatte. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel für soziale Ausgleichsmaßnahmen können – wenn diese konsequent gestaltet und durch weitere Maßnahmen ergänzt werden – das **soziale Fundament der Klima-Finanzpolitik stärken**, indem sie allen Bürger:innen den Umstieg auf klimafreundliche Technologien und Lebensweisen erleichtern. Dass fast alle Parteien sich mit der sozialen Gestaltung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung auseinandersetzen, ist ein Fortschritt in der Debatte. Klimageldkonzepte zielgerichtet umzusetzen, bleibt aber eine Herausforderung. Positiv hervorzuheben ist, dass einige Wahlprogramme bereits Ansätze für eine differenzierte Ausgestaltung enthalten, etwa bei den Grünen. Eine zentrale Schwierigkeit besteht jedoch darin, neben dem Klimageld ausreichend Mittel für die Transformation bereitzustellen. Klare Aussagen darüber, welche Ausgaben aus welchen Finanzquellen gedeckt werden sollen – oder dass die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung allein nicht ausreichen – fehlen in allen Wahlprogrammen.

## 2.2 Energie und Industrie

Die Industrie und die Energiewirtschaft sind die beiden Sektoren mit den höchsten Treibhausgasemissionen in Deutschland. Ihre Dekarbonisierung ist daher von zentraler Bedeutung für das Erreichen der Klimaziele.

In beiden Sektoren stehen größere Herausforderungen an: Während der Ausbau erneuerbarer Energien weiter beschleunigt werden muss, um den steigenden Bedarf zu decken, benötigt die Industrie massive Investitionen, um ihre Produktionsprozesse langfristig klimaneutral umzustellen. Ob die Transformation beider Sektoren im Einklang mit den klimapolitischen Zielvorgaben gelingt, hängt maßgeblich davon ab, welche industrie- und energiepolitischen Rahmenbedingungen geschaffen werden und ob die Politik in der Lage ist, die notwendigen Investitionen durch eine gezielte Klima-Finanzpolitik zu mobilisieren. Im folgenden Kapitel werden die Aussagen der Parteien zu Maßnahmen in der Energie- und Industriepolitik betrachtet, konkret zu Energiepreisen im Allgemeinen und in Bezug auf die Industrie sowie zur Dekarbonisierung der Industrie.

### 2.2.1 Energiepreise

Die Energiewirtschaft hat durch den Ausbau erneuerbarer Energien und den Kohleausstieg in den letzten Jahren deutliche Fortschritte gemacht – im Jahr 2023 sanken die Emissionen auf 210 Mio. CO<sub>2</sub>e, ein Minus von 18% zum Vorjahr (Agora Energiewende 2024b).

Neben der klimapolitischen Notwendigkeit zur Dekarbonisierung hat aber vor allem die Energiepreiskrise der letzten Jahre den Druck auf industrie- und energiepolitische Entscheidungen erheblich erhöht. Hohe Endverbraucherpreise sowie steigende Energiekosten<sup>8</sup> für Unternehmen haben die Debatte dominiert, begleitet von stetigen Warnungen der energieintensiven Industrie vor Abwanderung. In den Wahlprogrammen spiegelt sich dieser Druck wider: Die Frage nach Energiepreisen – sowohl im Hinblick auf die Lebenshaltungskosten der Bürger:innen als auch auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft – spielt in den Programmen eine zentrale oder zumindest wichtige Rolle.

Im Rahmen der Klima-Finanzpolitik ist vor allem interessant, wie Energiepreise begrenzt (oder sogar gesenkt)

es bei Beschaffung und Vertrieb. Damit sind die Preispitzen von 2023 überwunden, jedoch liegen die Haushaltsstrompreise noch über dem Niveau von 2021. Auch für Industriebetriebe bleiben sie höher als vor der Energiekrise. Viele Grundversorger kündigten zum Jahreswechsel 2025 weitere Preissenkungen für Haushaltkunden an. (BDEW 2024; Destatis 2024; Statista/Janson 2024)

<sup>7</sup> Für eine Einordnung der finanziellen Auswirkungen (nach Einkommensdezilen) der Steuerreformvorschläge, die einzelne Haushalte betreffen, vgl. ZEW 2025.

<sup>8</sup> Der durchschnittliche Strompreis sank 2024 im Vergleich zum Vorjahr – für Haushalte um 11 % auf 40,92 ct/kWh, für kleine bis mittlere Industriebetriebe um 7,47 ct/kWh auf 16,99 ct/kWh. Die größten Rückgänge gab



werden können, ohne 1) wichtige Anreize für Energieeffizienz zu verringern, 2) die Flexibilisierung von Energieangebot und Nachfrage in einem erneuerbaren Energiesystem zu ermöglichen und 3) das Prinzip der verursachergerechten Kosteninternalisierung umzusetzen. Hier

bestehen zum Teil Zielkonflikte, die es bei der Energiepreisgestaltung zu berücksichtigen gilt.

Tabelle 4-1: Standpunkte der Parteien zu Energiepreisgestaltung




		
<p><b>Erneuerbare Energien</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bezahlbare Energie durch Ausbau der Erneuerbaren Energien und Netze (S.6), Finanzierung aus dem Deutschlandfonds (siehe Kapitel 2.1.1)</li> </ul> <p><b>Netzausbaukosten und Netzentgelte</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Deckelung der Netzentgelte für Übertragungsnetze: zunächst Stabilisierung der Kosten, langfristig Absenken auf 3ct/kWh (S.7)</li> </ul>	<p><b>Erneuerbare Energien</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausbau von Netzen, Speichern und erneuerbaren Energien, unter Berücksichtigung von Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit (S.2)</li> </ul> <p><b>Netzausbaukosten und Netzentgelte</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Senkung der Netzentgelte mit Einnahmen des Emissionshandels (siehe Kapitel 2.1.3) (S.20)</li> </ul> <p><b>Flexibilisierung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mehr Flexibilität durch „smarte Energie“, (S.20)</li> </ul> <p><b>Strom- und Energiesteuer</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Absenkung der Stromsteuer für alle, auch Haushalte (S.20)</li> <li>• Schnelle Absenkung der Energiesteuer in Krisenzeiten ermöglichen (bei EU erwirken) (S.12)</li> </ul>	<p><b>Erneuerbare Energien</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erneuerbare Energien als Schlüssel für niedrige Energiekosten und wirtschaftlichen Wohlstand (S.41)</li> </ul> <p><b>Netzausbaukosten und Netzentgelte</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Übertragungsnetzentgelte aus dem Deutschlandfonds (S.10); Reform der Netzausbaufinanzierung, um Netzentgelte langfristig zu reduzieren (S.22, 42)</li> <li>• Keine Kostenumlage auf Energiepreise, stattdessen alternative Finanzierungsmodelle zur Entlastung von Verbraucher:innen und Unternehmen (S.42)</li> </ul> <p><b>Flexibilisierung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Digitalisierung der Energienetze und effiziente Nutzung von Flexibilitätpotenzialen in Industrie, Gewerbe, Verkehr und privaten Haushalten (S.41f)</li> <li>• dynamische Stromtarife (S.42)</li> </ul> <p><b>Strom- und Energiesteuer</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Absenkung der Stromsteuer auf europäisches Mindestmaß (S.22)</li> </ul>

Tabelle 4-2: Standpunkte der Parteien zu Energiepreisgestaltung



**Netzausbaukosten und Netzentgelte**

- Reduzierung der Netzentgelte und dynamische Netzentgelte zur Flexibilisierung der Nachfrage und besserer Netzsteuerung (S.16)
- Senkung der Netzausbaukosten durch Digitalisierung und effizientere Integration erneuerbarer Energien sowie Reform der Netzausbaufinanzierung (S.16)

**Strom- und Energiesteuer**

- Absenkung der Stromsteuer wie Energiesteuer auf Heiz- und Kraftstoffe auf europäisches Mindestmaß, perspektivische Abschaffung (S.16)



**Erneuerbare Energien**

- Ausbau erneuerbarer Energien, um langfristig die Preise zu reduzieren (S.6)

**Netzausbaukosten und Netzentgelte**

- Netzausbaukosten und Netzentgelte reduzieren
- Beteiligung von Stromerzeugern und internationalem Stromhandel an den Transportkosten (S.32)
- Erzeugungsnahe Nutzung der Stromproduktion, um den zukünftigen Netzausbaubedarf zu begrenzen (S.32)

**Strom- und Energiesteuer**

- Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß (S.32)

**Gestaffelte Energiepreise**

- Regulierung und Begrenzung der Energiepreise, falls erforderlich (S.6)
- Sozial gestaffelte Energiepreise, mit vergünstigten Sockelpreisen für durchschnittlichen Verbrauch und höheren Kosten für Mehrverbrauch, um soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten und Energieeinsparungen zu fördern (S.6)
- Vorübergehender Energie-Soli auf Einkommen- und Kapitalertragssteuer für Wohlhabende zur sozial gerechten Finanzierung des Sockelpreis-Modells, bis die Energiepreise stabilisiert sind (S.6f)



**Erneuerbare Energien**

- Energieimporte zu niedrigsten Preisen, einschließlich Wiederherstellung zerstörter Pipelines und Wiederaufnahme von Gaslieferungen aus Russland (S.9f)

**Netzausbaukosten und Netzentgelte**

- Netzausbaukosten stemmen durch Verstaatlichung der Stromnetze und dann Reduzierung der Netzentgelte auf ein Minimum (S.11)

**Flexibilisierung**

- Intelligente Netze und Messstellen für eine flexiblere Energieversorgung ausbauen (S.11f)
- Speicher und Reservekapazitäten in staatlicher Hand oder als gemeinwohlorientierte Betriebe organisieren (S.11f)

\* Die AfD ist die einzige Partei, die den menschengemachten Klimawandel und dessen Folgen in ihrem Parteiprogramm zurückweist und Klimapolitik grundsätzlich ablehnt. Ihre Positionen mit Bezug zu Klima-Finanzpolitik sind daher nur bedingt mit denen anderer Parteien vergleichbar.



#### Erneuerbare Energien:

- Ablehnung des weiteren Ausbaus erneuerbarer Energien. (S.S. 13, S. 40, S. 77)
- Wiedereinstieg in die Kernenergie sowie Reparatur und Wiedereinbetriebnahme der Nord-Stream-Pipelines. (S.13)
- Netzausbaukosten und Netzentgelte:
- Begrenzung der Netzentgelte durch einen Ausbaustopp für Windenergie (S.13).
- Strom- und Energiesteuern:
- Senkung der Energiesteuer und Reduzierung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß (S.13).
- Abschaffung von Steuern und Abgaben auf selbst erzeugte Energie für Industrie und Haushalte (S.41).

Der Ausbau erneuerbarer Energien als Strategie zur Senkung der Energiekosten wird von den meisten Parteien befürwortet, jedoch nicht uneingeschränkt und mit zwei Ausnahmen. Während SPD, Union<sup>9</sup>, Grüne, FDP<sup>10</sup> und Linke ihn als Fundament für langfristig stabile und günstige Energiepreise und Wohlstand betrachten, stellt das BSW diesen Grundgedanken in Frage: Zwar wird der Ausbau erneuerbarer Energien nicht grundsätzlich abgelehnt, doch das Programm zeigt eine generelle Skepsis gegenüber weitreichenden Elektrifizierungsmaßnahmen, insbesondere wenn sie als wirtschaftlich belastend wahrgenommen werden. Sie setzen weiterhin auch auf fossile Energieträger und argumentieren, dass sich Energieimporte allein am niedrigsten Preis orientieren sollten. In diesem Kontext fordern sie sogar die Wiederaufnahme von Gaslieferungen aus Russland und die Wiederherstellung zerstörter Pipelines (S. 9f). Die AfD hingegen spricht sich in ihrem Programm absolut klar für

Atomenergie und fossile Brennstoffe als Basis bezahlbarer Energie aus sowie ebenfalls für die Wiederherstellung der Gasversorgung aus Russland. Sie stellt sich dem weiteren Ausbau Erneuerbarer Energien klar entgegen (S. 13, S. 40, S. 77).

Die Wahlprogramme widmen der Frage nach **Netzausbaukosten und Netzentgelten**<sup>11</sup> als bedeutendem und zentralem Bestandteil des Strompreises besondere Aufmerksamkeit. Netzentgelte machten 2024 durchschnittlich 29% des Haushaltskundenpreises aus, also 11,53 ct/kWh (BDEW 2024). Angesichts steigender Netzausbaukosten ist in den kommenden Jahren mit weiteren Erhöhungen zu rechnen. Alle Parteien thematisieren sie als zentrale Stellschraube der Energiepreisgestaltung und bekennen sich reformwillig, bleiben dabei jedoch oft vage. Union (S. 20), Grüne (S. 10, 22, 42) und SPD (S. 7) setzen im Wesentlichen auf Senkung der Netzentgelte<sup>12</sup> durch staatliche Zuschüsse (vgl. Kapitel

<sup>9</sup> Die Union bekennt sich zum Ausbau erneuerbarer Energien, verfolgt dabei jedoch einen technologieoffenen Ansatz, der auch Kernenergie als Option einschließt (S.2,12). Konkrete Aussagen zur Finanzierung der Kernenergie ohne staatliche Zuschüsse oder Subventionen fehlen im Wahlprogramm.

<sup>10</sup> Während die FDP lässt ein starkes Bekenntnis zum Ausbaupfad der Erneuerbaren vermissen lässt, nennt sie es als Zielsetzung beim Netzausbau (S.16). Allerdings befürwortet die FDP auch Gasfracking und die Wiederaufnahme der Atomenergie (S.17).

<sup>11</sup> Netzentgelte sind Gebühren, die Netzbetreiber für den Stromtransport durch ihre Netze erheben. Diese Kosten tragen die Endverbraucher.

<sup>12</sup> Konkret sprechen die beiden Parteien von den Übertragungsnetzen. Allerdings werden Übertragungsnetzentgelte nicht direkt in voller Höhe an die Endkunden weitergegeben, sondern variieren nach Kundengruppen, weshalb durch den Vorschlag auch keine einheitliche Entlastung bei den Verbrauchern erreicht wird. Die Frage nach den Ausbaukosten/Netzentgelten der Verteilnetze wird nicht beantwortet.

2.1.1). Das BSW geht noch weiter und fordert eine Verstaatlichung der Netzinfrastruktur (S. 11). Die AfD sieht das Problem gelöst durch den Stopp des Zubaus von Windenergieanlagen (S.13). Die Linke verfolgt einen anderen Ansatz: Sie will Stromerzeuger und -händler an den Netzkosten beteiligen und setzt auf eine Reduzierung des Netzausbaubedarfs durch einen verstärkten erzeugernahen Verbrauch (S. 32). Auch die FDP möchte über die Reduzierung der Kosten für den Netzausbau eine Entlastung der Verbraucherpreise erreichen. Sie setzt außerdem auf eine Digitalisierung der Netze und dynamische Netzentgelte (S. 16). Diese Idee findet sich auch bei Grünen, die dynamische Stromtarife fordern (S. 42), und BSW (S. 11f) sowie – Stichwort „Smarte Energie“ – bei der Union (S. 20).

Dynamische Netzentgelte tragen zur Netzstabilität bei und fördern die Nutzung erneuerbarer Energien, indem sie den Verbrauch in Zeiten hoher Einspeisung lenken. Sie schaffen zudem Investitionsanreize für Speicher und intelligente Steuerungssysteme. Offen bleibt jedoch, ob sie den absoluten Stromverbrauch effektiv begrenzen oder eher die Verlagerung in günstige Zeitfenster begünstigen. Gleichzeitig bleiben Fragen zur Finanzierung ungeklärt: Während einige Parteien auf Kostensenkungen im Netzausbau setzen (FDP) oder Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung nutzen wollen (UNION), birgt eine Verlagerung auf den Staatshaushalt fiskalische Risiken und eine potenzielle Mehrbelastung der Steuerzahler:innen.

Zweiter signifikanter Teil der Preiszusammensetzung der Energie stellen **Steuern und Abgaben** dar. Mit der Abschaffung der EEG-Umlage 2023 ist ihr Anteil an den Strompreisen für Haushalts- wie Industriekunden bereits stark gesunken. Sie machen für Haushaltskunden aber nach wie vor fast ein Drittel des Strompreises aus (BDEW 2024). Alle Parteien fordern ein Absenken der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß von aktuell– 0,1 ct/kWh. Haushaltskunden und Unternehmen, die nicht bereits Vergünstigungen bei der Stromsteuer erhalten – zahlen aktuell 2,05 ct/kWh. Die SPD will lediglich die derzeitige Stromsteuersenkung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes auf 0,05 ct/kWh entfristen (S.7), während die anderen Parteien eine generelle Absenkung der Stromsteuer anstreben.

Das Institut der deutschen Wirtschaft schätzt, dass die vorgeschlagenen Entlastungen bei Stromsteuer und

Netzentgelten zwischen 5 und 10 Mrd. Euro liegen (Hentze/Beznoska 2024). Die FDP möchte zusätzlich auch die Energiesteuern für Heiz- und Kraftstoffe abschaffen und begründet dies wie bei der Stromsteuer damit, dass perspektivisch der CO<sub>2</sub>-Preis diese Steuern vollständig ersetzen sollte (S. 16).

Eine Senkung umweltbezogener Steuern schwächt das Verursacherprinzip und verringert den ohnehin rückläufigen Beitrag der Umweltsteuern zum Staatshaushalt. Besonders kritisch ist die Abschaffung der Energiesteuern auf Heiz- und Kraftstoffe, da sie zentrale Instrumente zur Internalisierung externer Kosten sind. Auch eine niedrigere Stromsteuer hat eine doppelte Wirkung: Sie entlastet Verbraucher:innen und fördert die Elektrifizierung, kann aber den Stromverbrauch erhöhen. Solange der Strommix nicht vollständig erneuerbar ist, bleibt eine gezielte Bepreisung externer Kosten notwendig.

## 2.2.2 Industrietransformation

Die Industrieemissionen sanken im Jahr 2023 auf 144 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente, doch dieser Rückgang war vor allem auf Produktionsrückgänge in der energieintensiven Industrie zurückzuführen (Agora Energiewende 2024b; WWF Deutschland/Öko-Institut e.V. 2023). Ohne strukturelle Veränderungen bleibt fraglich, ob dieser Trend von Dauer ist.

Seit der Energiepreiskrise 2022 dominiert das Thema Energiekosten die industriepolitische Debatte. Industrievertreter warnen kontinuierlich vor einer möglichen Abwanderung energieintensiver Branchen in Regionen mit niedrigeren Energiekosten und verknüpfen dies auch mit der notwendigen Transformation im Sektor: Einerseits müssen erneuerbare Energien im Vergleich zu fossilen Energieträgern wettbewerbsfähig sein, andererseits könnten hohe Energiekosten den Investitionsspielraum für die Umstellung auf CO<sub>2</sub>-neutrale Prozesstechnologien einschränken. Als Reaktion darauf hat die Bundesregierung Maßnahmen wie das Strompreispaket verabschiedet, das, eine Ausweitung der Stromsteuervergünstigungen, eine Verlängerung der Strompreiskompensation und gezielte Härtefallhilfen umfasst. Dennoch bleibt das Thema Energiekosten in den industriepolitischen Vorschlägen der Parteien sehr prominent.

Tabelle 5-1: Standpunkte der Parteien zur Industrietransformation

		
<p><b>Energiepreise Industrie</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausweitung des Kreises begünstigter Unternehmen bei reduzierten Netzentgelten (S.140)</li> <li>• Erweiterung der Strompreiskompensation auf weitere energieintensive Branchen und Großverbraucher (S.7)</li> <li>• Entfristung der abgesenkten Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß (S.7)</li> </ul> <p><b>Förderung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• "Made in Germany"-Bonus: Steuerprämien statt neuer Programme zur Förderung klimafreundlicher Investitionen (S.8)</li> <li>• Aufbau von Leitmärkten, z.B. für grünen Stahl und Schaffung von Absatzmärkten für umweltschonend recycelte Rohstoffe (S.11)</li> <li>• Entbürokratisierung des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) und Ergänzung um eine Exportförderung (S.11)</li> </ul>	<p><b>Energiepreise Industrie</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine zusätzliche Netzentgeltbelastung für industrielle Großverbraucher ohne Flexibilitätsoptionen (S.20)</li> </ul> <p><b>Förderung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bekenntnis zu Energieeffizienz und bessere steuerliche Absetzbarkeit von Effizienzinvestitionen (S.12, S.22).</li> <li>• Internationale Kooperationen für vergleichbare Standards durch Klima- und Energiepartnerschaften sowie Schutz vor Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen (CBAM &amp; Karbonmärkte) (S.22)</li> <li>• Pioniermärkte für klimafreundliche Industrien wie grünen Stahl, Grüngas im Gasnetz und Grün-Heizöl schaffen (S.20)</li> </ul>	<p><b>Energiepreise Industrie</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Dauerhaft günstige, verlässliche und klimaneutrale Energie für die Wirtschaft durch Erleichterungen bei Eigenstromproduktion, langfristige Abnahmeverträge und Nutzung von Flexibilitätspotenzialen (S.17)</li> <li>• Erweiterung der Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen (S.17)</li> </ul> <p><b>Förderung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Klimaschutzverträge als wettbewerbsorientiertes Instrument gezielt dort einsetzen, wo hohe Investitionshürden bestehen und der CO<sub>2</sub>-Preis nicht ausreicht; Anwendungsbereich erweitern (S.13f)</li> <li>• Förderung von Leitmärkten für klimafreundliche Industrien zur Stärkung nachhaltiger Technologien und Produktionsweisen (S.13f)</li> </ul>

Tabelle 5-2: Standpunkte der Parteien zur Industrietransformation

## Freie Demokraten

FDP

- Anpassung des nationalen Klimaneutralitätsziels an das europäische Ziel, Verschiebung von 2045 auf 2050 (S.39)
- Abschaffung von Nachhaltigkeitsvorgaben für die Industrie zur Reduzierung regulatorischer Belastungen (S.40)

## Die Linke

### Energiepreise Industrie

- Neue Netzentgeltstruktur, die Anreize für eine flexiblere industrielle Stromnachfrage schafft (S.32)
- Ausbau des Klima- und Transformationsfonds (KTF) zur temporären Strompreisstützung für energieintensive Industrie (S.30)

### Förderung

- 200 Milliarden Euro für den Industrieumbau – Investitionsfonds zur Unterstützung von Unternehmen durch langfristige Kredite oder Beteiligungen am klimagerechten Umbau (S.30)

## Bündnis Sahra Wagenknecht

- Standortsicherung für Schlüsselbranchen – Stahlproduktion und energieintensive Basischemie sollen in Deutschland erhalten bleiben (S.13)
- Industriefonds für Zukunftsbranchen und Schlüsselindustrien – gezielte staatliche Investitionen zur Förderung strategischer Industriezweige (S.13)
- Staatlich unterstützte Großunternehmen als Stiftungsunternehmen – Umwandlung von geförderten Konzernen in gemeinwohlorientierte Strukturen (S.14)
- Gleichmäßige Steuerlast für Konzerne und Mittelstand – Steuerliche Gleichbehandlung großer Unternehmen mit mittelständischen Betrieben (S.14)

\* Die AfD ist die einzige Partei, die den menschengemachten Klimawandel und dessen Folgen in ihrem Parteiprogramm zurückweist und Klimapolitik grundsätzlich ablehnt. Ihre Positionen mit Bezug zu Klima-Finanzpolitik sind daher nur bedingt mit denen anderer Parteien vergleichbar.



- Aufhebung des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichs (S.14)

Viele der im vorherigen Kapitel diskutierten Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise – etwa die Reduzierung der Stromsteuer und der Netzentgelte – würden auch die Industrie entlasten. Darüber hinaus schlagen die Parteien weitere gezielte Entlastungen speziell für energie-

intensive Unternehmen vor, die als klimaschädliche Subventionen wirken würden. Bei den Netzentgelten möchte die SPD etwa den Kreis der bisher begünstigten Unternehmen ausweiten (S. 140), die Union lehnt immerhin zusätzliche Belastungen für Unternehmen bei den Netzentgelten ab (S. 20). Grüne (S. 17) und Linke (S.

32) betonen in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Notwendigkeit, die Flexibilisierungspotentiale der Stromnachfrage für Unternehmen zu erhöhen (siehe dazu ebenfalls Kapitel 2.21).

Grüne (S. 17) und SPD (S. 7) setzen sich für eine Ausweitung der Strompreiskompensation ein, um mehr energieintensive Unternehmen bei den CO<sub>2</sub>-Preis-Belastungen zu begünstigen.

Die Parteien setzen jedoch nicht allein auf Entlastungen, sondern auch auf gezielte finanzielle Anreize und Fördermechanismen, um die Transformation der Industrie aktiv zu gestalten. Während Entlastungsmaßnahmen vor allem kurzfristig Kosten senken sollen, geht es bei Förder- und Finanzierungsinstrumenten darum, die Dekarbonisierung langfristig wirtschaftlich tragfähig zu machen. Für SPD (S. 11), Grüne (S. 13f) und auch Union (S. 20) stellen Leit- oder Pioniermärkte als Mischform mit marktwirtschaftlichen und interventionistischen Elementen<sup>13</sup> eine weitere zentrale Komponente dar, mit der die Dekarbonisierung der Industrie ermöglicht werden soll. Die Grünen ergänzen dies mit dem Instrument der Klimaschutzverträge, die zwar zunächst staatliche Förderungen beinhalten, die aber nach marktwirtschaftlichen Kriterien in einem Aktionsverfahren vergeben werden (S. 13f).

Linke und BSW setzen für die Unterstützung der Industrie auf die Idee von industriespezifischen Fondslösungen, bei der Linken ergänzt um die Forderung, den Klimatransformationsfonds für Unterstützung der Industrie bei Strompreisbelastungen auszubauen (S. 30). Auch das BSW plant einen Industriefonds, begründet die Förderung der Industrie aber nicht vorrangig mit den der Zielsetzung der Dekarbonisierung. Es nennt zwar im Zusammenhang mit dem Erhalt von Industriestandorten in Deutschland auch Klimaschutz als ein Ziel, betont aber die Technologieoffenheit und priorisiert wirtschaftliche Stabilität und den Erhalt bestehender Industriestrukturen (S. 13).

Die FDP lässt bei der Industriepolitik generell eine große Leerstelle. Um der Industrie mehr Zeit zu verschaffen, schlägt sie eine Verschiebung des Ziels der Klimaneutralität auf 2050 vor sowie Abschaffung von Nachhaltigkeitsstandards (S. 39f). Beide Vorschläge begründet sie mit einer Anpassung an europäische Rahmensetzung. Weitere Maßnahmen führt sie nicht aus. Auch die AfD bietet kaum industriepolitische Agenda an, insbesondere nicht im Bezug zu Klima-Finanzpolitik. Sie möchte

primär ordnungsrechtliche Regelungen abschaffen. Allerdings nennt sie die Abschaffung des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichs CBAM (S.14).

### 2.2.3 Bewertung: Viel Förderung, klimapolitische Fehlanreize

Fast alle Parteien setzen im Bereich Energie und Industrie auf umfangreiche steuerliche Subventionen und Fördermaßnahmen, um Transformation und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Trotz der in Kapitel 2.1.1 erläuterten Finanzierungsansätze bleibt jedoch unklar, wie diese langfristig gegenfinanziert werden sollen. Besonders kritisch sind klimapolitisch fragwürdige Vergünstigungen, etwa bei Umweltsteuern und Abgaben, die nicht nur fiskalische Risiken bergen, sondern auch Fehlanreize setzen. Während gezielte Förderinstrumente für klimaneutrale Technologien sinnvoll sein können, drohen viele vorgeschlagene Maßnahmen die Energiewende eher auszubremsen, anstatt sie zu beschleunigen.

Die **Senkung umweltbezogener Steuern untergräbt das Verursacherprinzip** und den ohnehin rückläufigen Beitrag der Umweltsteuern zum Staatshaushalt – ein Trend, der durch Inflation weiter verstärkt wird (vgl. FÖS 2024a). Während Lkw-Maut und CO<sub>2</sub>-Preis die Einnahmen in den nächsten Jahren stabilisieren, wird das den langfristigen Rückgang voraussichtlich nicht aufhalten. Besonders problematisch sind die Vorschläge zur Abschaffung der Energiesteuern auf Heiz- und Kraftstoffe zu sehen, da sie wichtige Instrumente zur Internalisierung externer Kosten sind. Auch die Senkung der Stromsteuer hat ambivalente Wirkung: Sie entlastet Verbraucher:innen und fördert die Elektrifizierung, setzt jedoch gleichzeitig Anreize für einen höheren Stromverbrauch. Solange der Strommix nicht vollständig aus erneuerbaren Energien besteht, **bleibt eine angemessene Bepreisung externer Kosten essenziell**. Anstatt die Stromsteuer pauschal abzuschaffen, sollte ihre Umgestaltung und Differenzierung diskutiert werden (FÖS 2012). Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung müssten die Parteien zudem klar darlegen, wie sie die **Einnahmeausfälle in ihren Vorschlägen zur Strompreissenkung gegenfinanzieren** wollen.

Diese Überlegungen gelten sämtlich auch für weiterreichende industriespezifische Vorschläge zur Energie- und Stromkostensenkung. Die Industrien profitieren ohnehin bereits von zahlreichen Vergünstigungen für ihren Energiebedarf und auch von umfangreichen Förder-

damit einen Vorteil, bis sie eigenständig wettbewerbsfähig bestehen können. Sie greifen aber z.B. nicht direkt in Produktionsentscheidungen ein und sind nicht als dauerhaftes Konzept angelegt.

<sup>13</sup> Leitmärkte schaffen – je nach konkreter Ausgestaltung – eine künstliche Nachfrage nach klimafreundlichen Produkten (z.B. über Nachfrage bei staatlichen Vergaben oder aber über Quoten) und verschaffen diesen Produkten

maßnahmen des Bundes, die gezielt auf die Transformation ausgerichtet sind, etwa die Klimaschutzverträge oder milliarden schwere Programme wie „Dekarbonisierung der Industrie“. Es besteht die Gefahr, dass **pauschale Entlastungen letztlich fossile Energieträger länger im System** halten und die Transformation der Industrie ausbremsen (FÖS 2023d). Vor diesem Hintergrund erscheinen weitere Stromkostensenkungen nicht nur fiskalisch fragwürdig, sondern auch kontraproduktiv für die angestrebte Dekarbonisierung der Industrie. Dies gilt umso mehr, wenn es um eine Ausweitung der Vergünstigungen auf neue Branchen geht – die Betroffenheit durch hohe Preise von den Energiestückkosten ist bei energieintensiven Unternehmen zwar hoch, aber schon bei produzierendem Gewerbe mit mittlerer Energieintensität blieben die Energiestückkosten auch während der Energiepreiskrise relativ stabil – **Zielgenauigkeit** ist hier also wichtig (FÖS 2024c).

Eine erfolgreiche **Dynamisierung und Flexibilisierung der Stromnachfrage** hingegen ist ein wichtiger Ansatz: Sie trägt nicht nur zur Stabilität der Stromversorgung bei, sondern hat auch positive Effekte auf den Klimaschutz. Indem der Verbrauch gezielt auf Zeiten hoher erneuerbarer Einspeisung verlagert wird, kann der Anteil fossiler Energieträger im Energiemix reduziert werden. Dynamisierte und variable Stromtarife können zu Kostensenkungen bei Verbraucher:innen, sofern sie verbraucherfreundlich z.B. mit Preisabsicherungsmechanismen ausgestaltet werden (FÖS 2024d). Sie können damit zur sozialverträglichen Gestaltung der Transformation beitragen.

Nicht alle Parteien legen schlüssige Konzepte zur **Gegenfinanzierung der Netzentgelte** vor (vgl. Kapitel 2.1.1). Unklar bleibt etwa, ob die von der FDP vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kostensenkung im Netzausbau ausreichen oder ob die UNION mit Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung eine realistische Entlastung erzielen kann – insbesondere, da für diese Mittel voraussichtlich eine starke Konkurrenz durch andere Maßnahmen besteht. Eine Verlagerung der Kosten auf den Staatshaushalt birgt zudem fiskalische Risiken und könnte zu einer indirekten Umverteilung führen, die Steuerzahler:innen zusätzlich belastet.

## 2.3 Landwirtschaft

Die Landwirtschaft und das Ernährungssystem spielen eine zentrale Rolle in der deutschen und europäischen Klima-Finanzpolitik. Im Einklang mit dem Bundes-Klimaschutzgesetz, dem EU-Klimagesetz und dem Green Deal soll beispielsweise die Treibhausgasneutralität bis 2045 erreicht werden (Die Bundesregierung 2024). Ein wesentliches Ziel ist unter anderem die Reduktion der Emissionen aus der Landwirtschaft, insbesondere von

Methan aus der Viehhaltung und Lachgas aus der Düngung, mit einer Senkung auf 56 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>ä bis 2030 (BMEL 2024a). Im Green Deal ist zudem das Ziel verankert den Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel und Düngemittel um 50 % zu reduzieren (Europäische Kommission 2022a). Ergänzend sieht die Farm-to-Fork-Strategie der EU eine nachhaltigere Ernährung vor, die eine Reduzierung des Fleischkonsums und eine verstärkte Nutzung pflanzlicher Alternativen fördert sowie eine Halbierung der Lebensmittelverschwendung bis 2030 anstrebt (Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union 2025). Neben den klimapolitischen Zielsetzungen sind auch sozialpolitische Maßnahmen im Agrarsektor von Bedeutung. So ist die Bekämpfung der Ernährungsarmut ein wichtiges politisches Ziel, das durch den Zugang zu gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln sowie durch gezielte Förderung der Ernährungskompetenz erreicht werden soll.

Im Sektor Landwirtschaft werden zwei Maßnahmen betrachtet, die in einzelnen Wahlprogrammen der betrachteten Parteien benannt wurden und entsprechend ihrer Lenkungswirkung oder dem Einnahme- bzw. Ausgabevolumen zur Analyse ausgewählt wurden: Förderung tiergerechter Tierhaltung sowie Änderung des Mehrwertsteuersatzes für Lebensmittel. Aussagen zu den Zahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) wurde hier nicht einbezogen, da sie sich auf europäische Mittel beziehen. Darüber hinaus wurden von den Parteien weitere Maßnahmen in ihren Wahlprogrammen aufgenommen, beispielsweise die Einführung der Agrardieselrückvergütung von UNION (S. 34) und BSW (S. 19) oder die Einführung einer Pestizidabgabe von den Grünen (S. 59), wohingegen die UNION das Zukunftsprogramm Pflanzenschutz abschaffen möchte (S. 35). Auch die Weiterentwicklung der GAP nach 2027 haben SPD, Grüne, Linke und UNION in ihrem Wahlprogramm integriert und möchten die Zahlungen zukünftig stärker an der Honorierung von Leistungen orientieren, während die AfD die GAP ablehnt (S. 73).

### 2.3.1 Änderung des Mehrwertsteuersatzes für Lebensmittel

Die Mehrwertsteuer hat bereits seit Ende der 1960er Jahren Bestand. Aus sozialpolitischen Gründen wurde neben einem Normalsatz ein reduzierter Mehrwertsteuersatz eingeführt. Auf diese Weise sollte eine Grundversorgung für einkommensschwache Haushalte sichergestellt werden (Förster et al. 2018). Im Lauf der Zeit wurden die Mehrwertsteuersätze erhöht, auf aktuell 7 % für Grundnahrungsmittel. Alle anderen Lebensmittel werden mit dem Regelsteuersatz von 19 % besteuert. Mittels der steuerlichen Erleichterung werden Lebensmittel des täglichen Bedarfs günstiger. Seit der Änderung der





Richtlinie der EU besteht seit April 2022 die Möglichkeit weiterer Anpassungen der Mehrwertsteuersätze. Demnach können zwei ermäßigte Steuersätze von max. 5 % sowie einen ermäßigten Steuersatz von unter 5 %, auch 0 %, eingeführt werden (Rat der Europäischen Union 2022).

In Anlehnung an die Definition zum Subventionsbegriff des UBA wird die Änderung des Mehrwertsteuersatzes für Lebensmittel als umweltschädliche Subvention gezählt. Allein der reduzierte Mehrwertsteuersatz von 7 % auf tierische Lebensmittel hat ein Subventionsvolumen von 5,2 Mrd. Euro (UBA 2021a).

Die Parteien SPD, Linke und BSW treffen in ihren Wahlprogrammen Aussagen zur Mehrwertsteuer für Lebensmittel und möchten diese absenken bzw. abschaffen: Im Wahlprogramm der SPD ist eine Mehrwertsteuerabsenkung auf 5 % für Lebensmittel beschrieben (S. 24), während die Linke (S. 42) und BSW (S. 31) sich für eine Abschaffung der Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel aussprechen (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6: Standpunkte der Parteien Änderung des Mehrwertsteuersatzes für Lebensmittel

 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Absenkung der Mehrwertsteuer auf 5% für Lebensmittel (S. 22)</li> </ul>	 <ul style="list-style-type: none"> <li>• -</li> </ul>	 <ul style="list-style-type: none"> <li>• -</li> </ul>
 <ul style="list-style-type: none"> <li>• -</li> </ul>	 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mehrwertsteuer abschaffen für Grundnahrungsmittel (S. 42)</li> <li>• Grundnahrungsmittel erweitern um pflanzliche Alternativprodukte (S. 42)</li> </ul>	 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mehrwertsteuer abschaffen für Grundnahrungsmittel (S. 31)</li> </ul>

\* Die AfD ist die einzige Partei, die den menschengemachten Klimawandel und dessen Folgen in ihrem Parteiprogramm zurückweist und Klimapolitik grundsätzlich ablehnt. Ihre Positionen mit Bezug zu Klima-Finanzpolitik sind daher nur bedingt mit denen anderer Parteien vergleichbar.



Die Parteien erwähnen die Maßnahme Änderung des Mehrwertsteuersatzes für Lebensmittel unterschiedlich in ihren Wahlprogrammen, in der Häufigkeit, der Themeneinordnung sowie der Ausgestaltung. Den größten Stellenwert hat die Maßnahme bei der SPD und die Linke, indem diese sowohl in der Einleitung als auch im

Hauptteil und bei der SPD ebenfalls in der Zusammenfassung beschrieben wird. Allesamt gemein haben die Parteien, dass darauf geachtet werden soll, dass die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes tatsächlich an die Verbraucher:innen weitergegeben wird.

Die Anpassung des Mehrwertsteuersatzes in der von den Parteien vorgeschlagenen Form ist als **sozialpolitische**

**Maßnahme** einzustufen, indem die Lebensmittelpreise durch eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes sinken. Allerdings wird zwischen den Lebensmitteln nicht differenziert, so werden auch Lebensmittel mit **negativer Wirkung** auf Gesundheit und Umwelt subventioniert. Die Linke und BSW begrenzen die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes zwar auf Grundnahrungsmittel, jedoch fallen auch hierunter Fleisch und Zucker, was in der Produktion und Konsumation für Gesundheit und Umwelt ungünstig ist. Der Bürgerrat Ernährung des Deutschen Bundestages hat in seiner Empfehlung im Februar 2024 ebenfalls für eine Mehrwertsteueranpassung plädiert (vgl. Bürgerrat Ernährung 2024). Daher wäre davon auszugehen, dass die Maßnahme grundsätzlich auf einen Konsens in der Bevölkerung trifft. Allerdings sind die Empfehlungen des Bürgerrates ausdifferenzierter gegenüber den Wahlprogrammen der Parteien und würde den Mehrwertsteuersatz zwar auch auf Grundnahrungsmittel vermindern, jedoch sollte die Definition von Grundnahrungsmitteln überarbeitet werden und beispielsweise Fleisch und Zucker nicht mehr als Grundnahrungsmittel zählen.

Mit einer Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes ohne Differenzierung hinsichtlich der Umweltschädlichkeit der Lebensmittel oder eine Anpassung der Definition von Grundnahrungsmitteln werden den Konsument:innen im Hinblick auf eine Klimawirkung keine Anreize gesetzt, beispielsweise den Konsum tierischer Lebensmittel zu reduzieren. Für eine ökologische Ausrichtung der Mehrwertsteuer wäre eine differenzierte Ausgestaltung erforderlich, bei der beispielsweise tierische Produkte von der Reduzierung ausgenommen werden. Gleichzeitig können mit einer ökologischen Ausrichtung der Mehrwertsteuer sozialpolitische Ziele erreicht werden. Förster et al. 2023 und Springmann et al. 2021 zeigen beispielsweise, dass eine Mehrwertsteuerreform mit einer Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf pflanzliche Lebensmittel und einer Anhebung des Mehrwertsteuersatzes auf tierische Lebensmittel, verbunden mit einer Anpassung des Konsumverhaltens in Annäherung an die Planetary Health Diet, die Haushaltsausgaben für Lebensmittel reduzieren kann.

### 2.3.2 Förderung tiergerechter Tierhaltung

Die Nutztierhaltung trägt maßgeblich zu Emission von Treibhausgasen (THG) bei. Besonders die Methanemissionen aus der enterischen Fermentation von Wiederkäuern sowie Lachgasemissionen aus der Düngung landwirtschaftlicher Flächen sind klimarelevant (UBA

2024). Eine Verbesserung der Haltungsbedingungen durch mehr Platz, Weidehaltung und optimierte Fütterung kann das Tierwohl steigern und Umweltbelastungen reduzieren, indem Emissionen pro produzierter Einheit Fleisch oder Milch gesenkt werden (Garnett et al. 2015). Zudem kann eine geringere Tierbestandsdichte dazu beitragen, die Flächenkonkurrenz zwischen Futtermittelproduktion und Naturschutzflächen zu verringern (Europäische Kommission 2022b). So kann eine tiergerechte Tierhaltung im Hinblick auf Klimaschutz relevant werden, wenn beispielsweise der Stallumbau in Richtung emissionsärmere Stallsysteme gelenkt wird oder auch durch den Umbau die Anzahl der Tiere auf den Betrieben reduziert wird (UBA 2021b). Darüber hinaus kann eine Verbesserung der Haltungsformen zur Optimierung von Nährstoffkreisläufen beitragen, oder die Verbreitung von Antibiotika-resistenten Keimen eindämmen (ZKL 2021).

Das Bundesprogramm zur Förderung des Umbaus der landwirtschaftlichen Tierhaltung fördert Investitionen für mehr Tierwohl. Es zielt darauf ab, Betriebe bei der Umstellung zu einer tier- und umweltfreundlicheren Haltung finanziell zu unterstützen und dadurch sowohl das Tierwohl als auch die Umweltverträglichkeit der Nutztierhaltung zu verbessern. Gefördert werden unter anderem Stallumbauten oder Investitionen in Auslauf- und Weideflächen. Die Finanzierung erfolgt über staatliche Bundesmittel, die langfristig Planungssicherheit für Landwirt:innen gewährleisten sollen (BMEL 2024b). Neben dem Bundesprogramm zur Förderung des Umbaus der landwirtschaftlichen Tierhaltung wird eine tiergerechte Tierhaltung mittels einer verbindlichen Tierhaltungskennzeichnung, Verbesserungen im Bau- und Genehmigungsrecht sowie Verbesserungen im Tierschutzrecht angestrebt (BMEL 2024c; BMEL 2024d).

Der Umbau der Tierhaltung wird und wurde von den Beratungsgremien Kompetenzzentrum Nutztierhaltung und der Zukunftskommission Landwirtschaft aufgegriffen und die bisherigen Bestrebungen als zu gering eingestuft, da die bereitgestellten Mittel deutlich unter dem abgeschätzten Budget liegen. Dabei haben die Gremien ebenfalls Empfehlungen zu Möglichkeiten zur Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung gegeben (Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung 2022; ZKL 2021; ZKL 2024).

Alle betrachteten Parteien treffen in ihren Wahlprogrammen Aussagen zur Tierhaltung und möchten diese tiergerecht gestalten. Die Ausgestaltung ist je nach Partei unterschiedlich und wird in Tabelle 7 dargestellt.

Tabelle 7: Standpunkte der Parteien zur Förderung tiergerechter Tierhaltung

 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Honorierung landwirtschaftlicher Leistungen zum Tierschutz (S. 50)</li> </ul>	 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Finanzierung tierwohlgerechter Ställe (S. 38)</li> <li>• Abbau genehmigungsrechtlicher Hürden (S. 38)</li> <li>• Kein Abbau von Tierbeständen oder eine Quotierung dieser (S. 38)</li> </ul>	 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung besserer Lebensbedingungen in der Tierhaltung (S. 28)</li> <li>• Haltungskennzeichnung weiterentwickeln (S. 28)</li> </ul>
 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhalt der Nutztierhaltung (S. 47)</li> </ul>	 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung für tiergerechte Haltungssysteme (S. 41)</li> <li>• Einschränkung von Lebendtiertransporten (S. 41)</li> <li>• Häufigere und unangekündigte Kontrollen (S. 41)</li> </ul>	 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Tierleid stoppen (S. 20)</li> </ul>

\* Die AfD ist die einzige Partei, die den menschengemachten Klimawandel und dessen Folgen in ihrem Parteiprogramm zurückweist und Klimapolitik grundsätzlich ablehnt. Ihre Positionen mit Bezug zu Klima-Finanzpolitik sind daher nur bedingt mit denen anderer Parteien vergleichbar.

 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung artgerechter Haltungssysteme (S. 76)</li> <li>• Einschränkungen bei Lebendtiertransporten (S. 76)</li> </ul>
---

Die Parteien erwähnen die Maßnahme Förderung tiergerechter Tierhaltung unterschiedlich in ihren Wahlprogrammen, in der Häufigkeit, der Themeneinordnung sowie der Ausgestaltung. Die ausführlichsten Aussagen werden von den Grünen und die Linke getroffen. Im Wahlprogramm der Grünen wird zunächst beschrieben, was in der Legislatur mit dem Umbau der Ställe erreicht

wurde und plädieren dafür das Vorhaben der Förderung der tiergerechten Tierhaltung und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Tiere weiterhin weiterzuführen (S. 58) und die Linke spricht sich für tiergerechte Haltungssysteme, Einschränkung von Lebendtiertransporten sowie häufigeren unangekündigten Kontrollen aus (S. 41). Bis auf die Kontrollen sind im Wahlprogramm der

AfD ebenfalls die Punkte artgerechte Haltungssysteme sowie Einschränkungen bei Lebetiertransporten formuliert (S. 76). Während das BSW sich dafür aussprechen Tierleid zu stoppen, ohne dies weiter auszuführen (S. 20), beschreibt die UNION Tierhalter zu unterstützen, lehnt dafür jedoch Quoten oder eine Reduzierung der Tierhaltung ab (S. 35). Dagegen beschreibt die FDP die Tierhaltung zu erhalten ohne einen Verweis zur Förderung der Tierhaltung beispielsweise zu mehr Tierwohl in Ställen (S. 45). Die SPD benennt die Tierhaltung in Verbindung mit der Honorierung von Leistungen, wie dem Tierschutz (S. 53). Allen gemein ist, dass eine tiergerechte Tierhaltung im weitesten Sinn angestrebt wird.

Die **konkrete Umsetzung der Förderung** wird in keinem der Wahlprogramme weiter ausgeführt, so dass unklar bleibt welche Klimawirkung zu erwarten ist. Auch trifft keine Partei eine Aussage zur **Gegenfinanzierung**. Der Bürgerrat Ernährung empfiehlt beispielsweise eine zweckgebundene Verbrauchsabgabe auf tierische Produkte, um mit den Einnahmen die Haltungsformen in der Landwirtschaft zu verbessern (Bürgerrat Ernährung 2024).

### 2.3.3 Bewertung: Absichten ja, aber drohende Fehlanreize und unklare Finanzierung

Die Reduzierung der Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft, eine umweltfreundlichere Tierhaltung und die Anpassung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel werden als wichtige Hebel in den Wahlprogrammen beschrieben, dabei gibt es in der konkreten Umsetzung und Gewichtung der Maßnahmen zwischen den Parteien Unterschiede.

Bei der Mehrwertsteuerreform für Lebensmittel setzen SPD, Linke und BSW auf eine Reduzierung oder vollständige Abschaffung der Steuer für Grundnahrungsmittel. Diese Maßnahme wird primär als sozialpolitisches Instrument betrachtet, um Privathaushalte finanziell zu entlasten. Allerdings bleibt unklar, wie eine Absenkung der Mehrwertsteuer mit Umweltzielen in Einklang gebracht werden kann, da auch umweltschädliche Produkte subventioniert werden würden. Die Vorschläge sind daher aufgrund ihrer ökologischen Lenkungswirkung durchaus kritisch zu werten. Eine differenzierte Ausgestaltung ist erforderlich, um sowohl soziale als auch ökologische Ziele zu vereinen. Allerdings steht die Mehrwertsteuer am Ende des Preisentstehungsprozesses und hat daher eine limitierende Signalwirkung für Verbraucher:innen (Förster et al. 2023).

Im Bereich der Tierhaltung gibt es übergreifend Zustimmung zur Förderung tiergerechter Haltung, wenngleich dies unterschiedlich ausgeführt wird und die konkrete Finanzierung des Tierhaltungsumbaus in allen Wahlprogrammen ungeklärt ist. Angesichts der hohen Kosten für

eine nachhaltigere Tierhaltung, wie von Fachgremien festgestellt, fehlt eine klare Gegenfinanzierungsstrategie. Da die Parteien in den Wahlprogrammen die Maßnahme zudem unkonkret formuliert haben, ist die Bestrebung zu mehr Tierwohl zwar begrüßenswert, jedoch die Klimawirkung kaum abschätzbar.

Die Parteiprogramme zeigen zwar ein Bewusstsein für die Herausforderungen im Bereich Landwirtschaft und Ernährung, bieten jedoch oft nur unzureichende Antworten auf die zentrale Frage der Finanzierbarkeit und der konkreten Umsetzung. Für eine effektive Klimapolitik in diesem Bereich wären nicht nur **präzisere Zielsetzungen erforderlich**, sondern auch nachhaltige Finanzierungsmodelle, die sowohl **ökologische als auch soziale Aspekte** berücksichtigen.

## 2.4 Verkehr

Die klimapolitischen Zielsetzungen im Verkehrssektor orientieren sich an einer umwelt- und klimafreundlichen Mobilität, die durch eine Reduktion der Treibhausgasemissionen, einen sparsamen Energieverbrauch sowie eine geringe Schadstoffbelastung geprägt ist. Um diese Ziele zu erreichen, sind insbesondere die Förderung des öffentlichen Verkehrs und elektrischer bzw. CO<sub>2</sub>-neutrale Mobilität wesentliche Bestandteile der Klimapolitik im Verkehr, wobei Maßnahmen zur Erhöhung der Ladeinfrastruktur sowie zur Unterstützung alternativer Antriebstechnologien erforderlich sind (BMW o. J.). Darüber hinaus sollte die Intermodalität gestärkt werden, um eine effiziente Verknüpfung verschiedener Verkehrsträger zu ermöglichen, während auch der motorisierte Individualverkehr (MIV) klimafreundlicher gestaltet werden soll.

Neben den klimapolitischen Zielsetzungen sind sozialpolitische Aspekte im Verkehrssektor von großer Bedeutung. Die Verbesserung der Erreichbarkeit und der Teilhabe an der Mobilität ist ein zentrales Ziel, um soziale Ungleichheiten abzubauen und allen Bevölkerungsgruppen eine gleichberechtigte Mobilität zu ermöglichen (Stark et al. 2023). Ein wichtiger Faktor ist die Bezahlbarkeit des Verkehrs, da steigende Mobilitätskosten insbesondere einkommensschwache Haushalte belasten können. Fiskalpolitisch betrachtet erfordert der Umbau des Verkehrssystems erhebliche Investitionen in Infrastrukturen und Förderprogramme, wobei langfristig eine Verringerung externer Kosten durch Umwelt- und Gesundheitsvorteile erwartet wird (Agora Verkehrswende 2024).

Der Verkehrssektor benötigt eine Finanzpolitik, die sowohl die Finanzierung der Infrastruktur sicherstellt als auch die richtigen Rahmenbedingungen für die Erreichung der Klimaziele absteckt. Eine solche Klima-Fi-

nanzpolitik fußt auf drei Säulen: Eine zielkonforme Ausgabenpolitik tätigt die nötigen Infrastrukturinvestitionen und schafft Planbarkeit. Eine effiziente Einnahmenpolitik setzt auf eine verursachergerechte Besteuerung sowie auf konsistente Anreize und trägt so zu nachhaltigem Verhalten bei. Ergänzt wird dies durch eine kohärente Subventionspolitik, die den Wandel unterstützt (FÖS 2024e). Bei allen erwähnten Punkten muss die soziale Verträglichkeit gewährleistet sein, indem bei jeder Maßnahme auf eine gerechte Verteilung der Kosten und Chancen geachtet wird. Beim Vergleich der Wahlprogramme werden zwei Maßnahmen betrachtet, welche in einzelnen Wahlprogrammen der betrachteten Parteien beschrieben sind und entsprechend ihrer Lenkungswirkung oder dem Einnahme- bzw. Ausgabevolumen zur Analyse ausgewählt wurden: Die Förderung der Elektromobilität sowie Steuern und Steuervergünstigungen im Luftverkehr. Weitere Aspekte der Klima-Finanzpolitik im Verkehrssektor werden im Abschnitt 2.1.2 zu klimaschädlichen Subventionen erwähnt.

### 2.4.1 Förderung der Elektromobilität

Die Umstellung auf Elektrofahrzeuge spielt eine Schlüsselrolle bei der Erreichung der Klimaziele im Verkehrssektor. Deshalb strebt die Bundesregierung an, **bis 2030 mindestens 15 Millionen E-Autos** auf deutschen Straßen zu haben. Aktuell sind jedoch nur 1,5 Millionen batterie-elektrische Fahrzeugen zugelassen und Prognosen deuten darauf hin, dass mit den derzeitigen politischen Rahmenbedingungen nicht einmal 10 Millionen erreicht werden könnten. Vor allem mit **Ende des Umweltbonus** brach der Absatz von E-Autos im Jahr 2024 ein. Der langsame Hochlauf gefährdet nicht nur den Klimaschutz, sondern stellt auch eine weitere Herausforderung für deutsche Autohersteller dar, die um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit ringen. Gemäß EKM (2023) würde eine Verlängerung des Umweltbonus zu zusätzlichen 1,6 bis 2,6 Mio. E-Autos führen und nach eigenen Berechnungen basierend auf Haan et al. (2024) rund 1,4 bis 2,3 Mio. tCO<sub>2</sub> pro Jahr einsparen.<sup>14</sup>

Tabelle 8-1: Standpunkte der Parteien zur Förderung der Elektromobilität



- Ausbau Ladeinfrastruktur und Verpflichtung von Tankstellen zu Schnellladeoptionen (169-173)
- Befristeter Steuerabzugsbetrag für die Anschaffung eines E-Autos, das in Deutschland produziert wurde – für Neuwagen, junge Gebrauchtwagen und Leasingfahrzeuge (175-183)



- Abschaffung des Verbrenner-Verbot (S. 72)
- Technologieoffenheit gegenüber allen klimafreundlichen Möglichkeiten alternativer Antriebe und Kraftstoffe wie E-Fuels, Wasserstoff oder nachhaltige Biokraftstoffe (S. 73)
- Ausbau der Ladeinfrastruktur (S. 72)



- Keine Abschwächung der EU-Flottengrenzwerteverordnung und Nutzung möglicher Strafzahlungen zur Förderung der E-Mobilität (S. 14)
- Förderung der Ladeinfrastruktur sowie Kauf- und Leasinganreize (S. 14)
- Förderung von Geschäftsmodellen in Bereichen vernetzten Fahren und Batteriezellen (S. 14)
- Staatliche Förderprogramme für bspw. E-Autos, die nach hohen sozialen Standards produziert wurden (S. 16)
- ab 2035 ausschließlich Zulassung klimaneutraler Antriebe (S. 14)
- Förderung beim Kauf von E-Autos für einkommensschwache mittels Ladekarten, einer steuerlichen Förderung sowie Social-Leasing-Programmen (S. 20-21)

<sup>14</sup> CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte geben ohnehin einen Pfad für die Hersteller vor. Kaufprämien erleichtern dies, führen aber zu geringen zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Minderungen.

Tabelle 8-2: Standpunkte der Parteien zur Förderung der Elektromobilität

### Freie Demokraten FDP

- Abschaffung des Verbrenner-Verbotes ab 2035 (S. 39)
- ermöglichen alternativer Kraftstoffe (S. 41)
- Gleichstellung von Elektromobilität, klimaneutrale Kraftstoffe und Wasserstoff (S. 41)

### Die Linke

- Reduzierung des Individualverkehrs (1382-1386)
- Förderung der Elektromobilität nach Bedarf (1657-1367)
- Auslaufen der Zulassung von Verbrennungsmotoren (1657-1667)

### Bündnis Sahra Wagenknecht

- Förderung für die Entwicklung verbrauchsarmer und effizienter Verbrennermotoren sowie alternativer Kraftstoffe (S. 10)
- Förderung von Forschungs- und Entwicklungsarbeit innovativer Technologien sowie Kaufprämien für E-Autos (S. 10)
- Abschaffung des Verbrenner-Verbotes (S. 10)

\* Die AfD ist die einzige Partei, die den menschengemachten Klimawandel und dessen Folgen in ihrem Parteiprogramm zurückweist und Klimapolitik grundsätzlich ablehnt. Ihre Positionen mit Bezug zu Klima-Finanzpolitik sind daher nur bedingt mit denen anderer Parteien vergleichbar.



- Stopp der Finanzierung der Ladeinfrastruktur (S. 43)
- Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Abgabe (S. 57)

Die Parteien erwähnen die Maßnahme **Förderung der Elektromobilität** unterschiedlich in ihren Wahlprogrammen, in der Häufigkeit, der Themeneinordnung sowie der Ausgestaltung. Dabei wird Elektromobilität zu meist nicht nur einem Themenstrang zugeordnet. Beispielsweise nennen SPD und die Linke Elektromobilität und die Förderung dieser in einem Abschnitt zu Arbeitsplätzen sowie zu Mobilität, während die Grünen Elektromobilität bei Abschnitten zu Arbeitsplätzen und Klimaschutz benennen. UNION ordnet Elektromobilität dem Bereich Mobilität zu, die FDP dem Bereich Infrastruktur und das BSW der Deindustrialisierung.

SPD, Grüne und BSW fordern in ihren Wahlprogrammen verschiedene **Kaufanreize** – z. B. in Form von vergünstigten Leasing-Programmen (BSW 2025, S. 29; Grüne 2025, S. 25, 40; SPD 2025, S. 7f, 36), veränderten **Ab-schreibemodalitäten** (SPD 2025, S. 8) oder einer Reform der **Dienstwagenbesteuerung** (Grüne 2025, S. 40;

SPD 2025, S. 8). Bei der Kaufförderung wird der Fokus zumeist konkret auf untere und mittlere Einkommen gelegt. Union, FDP und AfD haben in ihren Programmen keine Maßnahmen dieser Art. Union und FDP setzen sich (so wie auch BSW und AfD) für eine **Abkehr vom „Verbrenner-Aus“** 2035 ein (BSW 2025, S. 10; FDP 2025, S. 39; Union 2025, S. 72) und die AfD für einen Finanzierungsstopp beim Ladeinfrastrukturausbau und eine Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Abgabe (S. 57). Die Union steht dabei jedoch für einen weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos (S. 72).

#### 2.4.2 Steuern und Steuervergünstigungen im Luftverkehr

Der Luftverkehr trägt erheblich und zunehmend zum Klimawandel bei. Die hohen externen Kosten sind bis-






lang aber nur in geringem Umfang internalisiert. Stattdessen profitiert die Branche von hohen Steuervergünstigungen wie der Befreiung von der Energiesteuer und auf internationalen Flügen zusätzlich von der Umsatzsteuer.

Die **Energiesteuerbefreiung von Kerosin** hat jährliche Steuerausfälle in Höhe von über 8 Mrd. Euro zur Folge (UBA 2021a). Eine Erhebung der Steuer könnte den Kerosinverbrauch um 27 % reduzieren bzw. 8,65 Mio. tCO<sub>2</sub> pro Jahr einsparen (FÖS 2022). Die **Befreiung von der**

**Umsatzsteuer** kostet den Staat rund 4 Mrd. Euro jährlich (UBA 2021a) (hierbei wurden mögliche Vorsteuerabzüge nicht berücksichtigt). Eine Erhebung der Steuer könnte rund 7,3 Mio. tCO<sub>2</sub> pro Jahr einsparen (FÖS 2020). Eine weitere Vergünstigung des Luftverkehrs hätte entsprechend höhere CO<sub>2</sub>-Emissionen zur Folge.

Die Parteien SPD, UNION, FDP, Die Linke und AfD treffen in ihren Wahlprogrammen Aussagen zu Steuern und Steuervergünstigungen im Luftverkehr (Tabelle 9).

Tabelle 9: Standpunkte der Parteien zu Steuern und Steuervergünstigungen im Luftverkehr

 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung EU-Klimaabgabe, die von Airlines auch außerhalb Europas gezahlt werden muss (1468-1472)</li> </ul>	 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Senkung Luftverkehrskosten (S. 72)</li> </ul>	 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Abbau klimaschädlicher Subventionen im Luftverkehr (S.40)</li> </ul>
 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Abschaffung Luftverkehrssteuer und Senkung der Luftsicherheitsgebühren (S. 42)</li> </ul>	 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einheitliche Kerosinsteuer in der EU (1696-1699)</li> <li>• Mehrwertsteuersatz von 19% auf Flugtickets (1696-1699)</li> </ul>	
<p>* Die AfD ist die einzige Partei, die den menschengemachten Klimawandel und dessen Folgen in ihrem Parteiprogramm zurückweist und Klimapolitik grundsätzlich ablehnt. Ihre Positionen mit Bezug zu Klima-Finanzpolitik sind daher nur bedingt mit denen anderer Parteien vergleichbar.</p>		
 <ul style="list-style-type: none"> <li>• Abschaffung der Luftverkehr- und Ticketsteuer (S. 46)</li> <li>• Keine Verbote von Inlands- und Kurzstreckenflügen (S. 45)</li> </ul>		

Die Parteien erwähnen die Maßnahme Steuern und Steuervergünstigungen im Luftverkehr unterschiedlich

in ihren Wahlprogrammen, in der Häufigkeit, der Themeneinordnung sowie der Ausgestaltung. SPD, Union,

die Linke sowie AfD erwähnen die Aussagen zum Luftverkehr im Bereich Mobilität bzw. Verkehr, die FDP im Bereich Infrastruktur.

Die Parteien verfolgen dabei unterschiedliche, teils gegensätzliche Ansätze in ihren Wahlprogrammen. Die Linken setzen sich für eine einheitliche Besteuerung von Kerosin in der EU sowie die Erhebung der Mehrwertsteuer auf Flugtickets ins Ausland ein (S. 37). Die Grünen setzen sich „weiterhin für den Abbau klimaschädlicher Subventionen im Luftverkehr“ ein, was vermutlich ebenfalls die Streichung der beiden Steuervergünstigungen meint (S. 40). Union (S. 72), FDP (S. 42) und AfD (S. 45) hingegen wollen die Kosten für den Luftverkehr weiter senken. Die FDP plant konkret, die deutsche Luftverkehrsteuer abzuschaffen und Luftsicherheitsgebühren zu reduzieren und die AfD spricht sich für die Abschaffung der Luftverkehrs- und Ticketsteuer sowie dem Verbot gegen das Verbot für Kurzstrecken und Inlandsflüge aus (S. 45-46) Die SPD schlägt vor, die Luftverkehrsteuer in eine „EU-Klimaabgabe“ zu überführen (S. 36f). Das BSW äußert sich zum Thema nicht.

### **2.4.3 Bewertung: mehr klimaschädliche Subventionen und ungelöste Finanzierungsfragen**

Die politischen Parteien in Deutschland verfolgen unterschiedliche Ansätze zur Förderung der Elektromobilität und zur Besteuerung des Luftverkehrs. Während einige Parteien gezielte finanzielle Anreize zur Lenkung des Mobilitätsverhaltens befürworten, setzen andere auf Infrastrukturmaßnahmen oder den Erhalt bestehender Subventionen.

Bei der Elektromobilität setzen UNION und FDP auf den Ausbau der Ladeinfrastruktur und lehnen direkte Subventionen ab. SPD, Grüne und BSW fordern darüber hinaus Kaufanreize wie vergünstigte Leasing-Programme oder eine Reform der Dienstwagenbesteuerung. Das von EU-Parlament und EU-Kommission beschlossene „Verbrenner-Aus“ ab 2035 wollen UNION, FDP, BSW und AfD wieder abschaffen.

Der Luftverkehr stellt weiterhin eine erhebliche Belastung für das Klima dar und profitiert von Steuervergünstigungen wie der Energiesteuerbefreiung für Kerosin und der Umsatzsteuerbefreiung auf internationale Flüge. Während Linke und Grüne sich für den Abbau dieser Subventionen und eine Besteuerung von Kerosin einsetzen, plant die SPD eine Umwandlung der Luftverkehrsteuer in eine EU-weite Klimaabgabe. UNION, FDP und AfD hingegen wollen die Kosten für den Luftverkehr senken, während BSW in diesem Bereich keine klare Position bezieht.

Ein zentraler Aspekt, der in der politischen Debatte noch nicht ausreichend geklärt ist, betrifft die nachhaltige Finanzierung dieser Maßnahmen sowie deren soziale Auswirkungen. Während Subventionen für Elektromobilität teilweise gezielt sozial gestaffelt werden sollen, fehlt eine umfassende Strategie zur Steuerlenkung im Luftverkehr. Zudem bleibt offen, wie sich die unterschiedlichen Parteiprogramme in konkrete Gesetzesinitiativen überführen lassen und welche Maßnahmen letztlich mit den Klimazielen der Bundesregierung in Einklang gebracht werden können.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages



## Literatur

- AfD, Alternative für Deutschland (2025): Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag. Abrufbar unter: [https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD\\_Bundestagswahlprogramm2025\\_web.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf) Letzter Zugriff am: 14.02.2025
- Agora Energiewende (2024a): Investitionen für ein Klimaneutrales Deutschland. Finanzbedarfe und Politikoptionen. Abrufbar unter: [https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2023/2023-30\\_DE\\_KNDE\\_Update/A-EW\\_347\\_KNDE\\_Investitionsbedarfe\\_WEB.pdf](https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2023/2023-30_DE_KNDE_Update/A-EW_347_KNDE_Investitionsbedarfe_WEB.pdf). Letzter Zugriff am: 22.1.2025.
- Agora Energiewende (2024b): Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2023. Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen sowie Ausblick auf 2024. Abrufbar unter: [https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2023/2023-35\\_DE\\_JAW23/A-EW\\_317\\_JAW23\\_WEB.pdf](https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2023/2023-35_DE_JAW23/A-EW_317_JAW23_WEB.pdf). Letzter Zugriff am: 11.2.2025.
- Agora Verkehrswende (2024): Verkehrswende als Mehrwert. Warum es sich volkswirtschaftlich lohnt, schnell in die Reduzierung von Treibhausgasemissionen in Deutschlands Verkehrssektor zu investieren. Abrufbar unter: [https://www.agora-verkehrswende.de/fileadmin/Projekte/2024/Kosten\\_der\\_Verkehrswende/110\\_Kosten-der-Verkehrswende.pdf](https://www.agora-verkehrswende.de/fileadmin/Projekte/2024/Kosten_der_Verkehrswende/110_Kosten-der-Verkehrswende.pdf). Letzter Zugriff am: 13.2.2025.
- BCG (2021): Klimapfade 2.0 – Ein Wirtschaftsprogramm für Klima und Zukunft. Abrufbar unter: [https://issuu.com/bdi-berlin/docs/211021\\_bdi\\_klimapfade\\_2.0\\_-\\_gesamtstudie\\_-\\_vorabve](https://issuu.com/bdi-berlin/docs/211021_bdi_klimapfade_2.0_-_gesamtstudie_-_vorabve). Letzter Zugriff am: 22.3.2022.
- BCG, IW, BDI (2024): Transformationspfade für das Industrieland Deutschland: Eckpunkte für eine neue industriepolitische Agenda. Abrufbar unter: <https://assets.foleon.com/eu-central-1/de-uploads-7e3kk3/50809/24-09-02-de-transformationspfade-lang.7317dff757b9.pdf>. Letzter Zugriff am: 3.2.2025.
- BDEW (2024): BDEW-Strompreisanalyse Dezember 2024. Abrufbar unter: <https://www.bdew.de/service/daten-und-grafiken/bdew-strompreisanalyse/>. Letzter Zugriff am: 11.2.2025.
- BDI (2024): Standort D mit Investitionen stärken. Abrufbar unter: <https://bdi.eu/publikation/news/standort-d-mit-investitionen-staerken>. Letzter Zugriff am: 13.2.2025.
- BMEL (2024a): Landwirtschaft, Klimaschutz und Klimaresilienz. Abrufbar unter: <https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/klimaschutz/landwirtschaft-und-klimaschutz.html>. Letzter Zugriff am: 6.2.2025.
- BMEL (2024b): Bundesprogramm zur Förderung des Umbaus der landwirtschaftlichen Tierhaltung. Abrufbar unter: <https://www.bmel.de/DE/themen/tiere/umbau-tierhaltung/bundesprogramm-foerderung-umbau-tierhaltung.html>. Letzter Zugriff am: 6.2.2025.
- BMEL (2024c): Tierschutzgesetz im Bundeskabinett. Abrufbar unter: <https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/047-tierschutzgesetz.html>. Letzter Zugriff am: 11.12.2024.
- BMEL (2024d): Anpassung des Baurechts für den Umbau der Tierhaltung. Abrufbar unter: <https://www.bmel.de/DE/themen/tiere/tierschutz/tierhaltungskennzeichnung/anpassung-baurecht.html>. Letzter Zugriff am: 6.2.2025.
- BMF (2023): 29. Subventionsbericht des Bundes 2021 – 2024. Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2021 bis 2024. Abrufbar unter: [https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren\\_Bestellservice/29-subventionsbericht.pdf?\\_blob=publicationFile&v=15](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/29-subventionsbericht.pdf?_blob=publicationFile&v=15). Letzter Zugriff am: 8.1.2025.
- BMWK (o. J.): Elektromobilität in Deutschland. Abrufbar unter: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/elektromobilitaet.html>. Letzter Zugriff am: 6.2.2025.
- BSW, Bündnis Sahra Wagenknecht (2025): Unser Land verdient mehr! Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2025. Abrufbar unter: <https://bsw-vg.de/wp-content/themes/bsw/assets/downloads/BSW%20Wahlprogramm%202025.pdf>. Letzter Zugriff am: 5.2.2025.
- Bündnis90/Die Grünen (2025): Zusammen wachsen. Regierungsprogramm 2025. Abrufbar unter: [https://cms.gruene.de/uploads/assets/20250205\\_Regierungsprogramm\\_DIGITAL\\_DINA5.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/assets/20250205_Regierungsprogramm_DIGITAL_DINA5.pdf). Letzter Zugriff am: 5.2.2025.
- Bürgerrat Ernährung (2024): Empfehlungen an den Deutschen Bundestag. Bürgerrat „Ernährung im Wandel“. Abrufbar unter: [https://www.bundestag.de/resource/blob/986140/fd980a8f962b16c2f40505638288c438/empfehlungen\\_buergerrat\\_ernaehrung.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/986140/fd980a8f962b16c2f40505638288c438/empfehlungen_buergerrat_ernaehrung.pdf). Letzter Zugriff am: 1.3.2024.

- Destatis (2024): Erdgas- und Stromdurchschnittspreise 2024. Abrufbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Erdgas-Strom-Durchschnittspreise/inhalt.html>. Letzter Zugriff am: 11.2.2025.
- Dezernat Zukunft (2024): Was kostet eine sichere, lebenswerte und nachhaltige Zukunft? Öffentliche Finanzbedarfe für die Modernisierung Deutschlands. Abrufbar unter: <https://dezernatzukunft.org/wp-content/uploads/2024/09/Heilmann-et-al.-2024-Oeffentliche-Finanzbedarfe-fuer-die-Modernisierung-Deutschlands.pdf>. Letzter Zugriff am: 22.1.2025.
- Die Bundesregierung (2024): Ein Plan fürs Klima. Abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/klimaschutzgesetz-2197410>. Letzter Zugriff am: 6.2.2025.
- Die Linke (2025): Alle wollen regieren. Wir wollen verändern. Reichtum teilen. Preise senken. Füreinander. Abrufbar unter: [https://www.die-linke.de/fileadmin/user\\_upload/Wahlprogramm\\_Langfassung\\_Linke-BTW25\\_01.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Wahlprogramm_Langfassung_Linke-BTW25_01.pdf). Letzter Zugriff am: 5.2.2025.
- DIW, FÖS (2024): CO<sub>2</sub>-Bepreisung: Klimaprämie zügig einführen, bei höheren Einkommen abschmelzen. Abrufbar unter: [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.917820.de/24-42-1.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.917820.de/24-42-1.pdf). Letzter Zugriff am: 29.11.2024.
- Dullien, S., Iglesias, S. G., Hüther, M., Rietzler, K. (2024): Herausforderungen für die Schuldenbremse: Investitionsbedarfe in der Infrastruktur und für die Transformation. Abrufbar unter: [https://www.imk-boeckler.de/fpdf/HBS-008864/p\\_imk\\_pb\\_168\\_2024.pdf](https://www.imk-boeckler.de/fpdf/HBS-008864/p_imk_pb_168_2024.pdf). Letzter Zugriff am: 17.5.2024.
- EKM (2023): Den Hochlauf der Elektromobilität stärken: Instrumente zur Erreichung des 15 Millionen-Ziels. Abrufbar unter: <https://expertenbeirat-klimamobilitaet.de/media/pages/home/c4197f3146-1701253980/ekm-policy-brief-den-hochlauf-der-elektromobilitaet-staerken-instrumente-zur-erreichung-des-15-millionen-ziels.pdf>. Letzter Zugriff am: 28.11.2024.
- Europäische Kommission (2022a): Europäischer Grüner Deal: Weniger chemische Pestizide, umfassende Renaturierung. Abrufbar unter: [https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaischer-gruner-deal-weniger-chemische-pestizide-umfassende-renaturierung-2022-06-22\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaischer-gruner-deal-weniger-chemische-pestizide-umfassende-renaturierung-2022-06-22_de). Letzter Zugriff am: 6.2.2025.
- Europäische Kommission (2022b): EU agricultural outlook 2022-32: production growth of major agricultural sectors to slow down. Abrufbar unter: [https://agriculture.ec.europa.eu/news/eu-agricultural-outlook-2022-32-production-growth-major-agricultural-sectors-slow-down-2022-12-08\\_en](https://agriculture.ec.europa.eu/news/eu-agricultural-outlook-2022-32-production-growth-major-agricultural-sectors-slow-down-2022-12-08_en). Letzter Zugriff am: 23.3.2023.
- Europäischer Rat, Rat der Europäischen Union (2025): „Vom Hof auf den Tisch“. Abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/from-farm-to-fork/>. Letzter Zugriff am: 6.2.2025.
- Expertenrat für Klimafragen (2025): Zweijahresgutachten 2024. Gutachten zu bisherigen Entwicklungen der Treibhausgasemissionen, Trends der Jahresemissionsgesamtmengen und Jahresemissionsmengen sowie Wirksamkeit von Maßnahmen (gemäß § 12 Abs. 4 Bundes-Klimaschutzgesetz). Abrufbar unter: [https://bscw.bund.de/pub/bscw.cgi/d315529602/ERK2025\\_Zweijahresgutachten-2024.pdf](https://bscw.bund.de/pub/bscw.cgi/d315529602/ERK2025_Zweijahresgutachten-2024.pdf). Letzter Zugriff am: 5.2.2025.
- FDP, Freie Demokratische Partei (2025): Alles lässt sich ändern. Das Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2025. Abrufbar unter: [https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm\\_2025.pdf](https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf). Letzter Zugriff am: 5.2.2025.
- FEST, FÖS (2022): Criteria for an effective and socially just EU ETS 2. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2022/2022-01\\_Study-Assessment-EU-ETS2.pdf](https://foes.de/publikationen/2022/2022-01_Study-Assessment-EU-ETS2.pdf). Letzter Zugriff am: 25.5.2022.
- Förster, H., Kunert, D., Hünecke, K., Schumacher, K., Siemons, A., Zell-Ziegler, C. (2018): 50 Jahre Mehrwertsteuer – Ein Blick durch die Klimaschutzbrille. Abrufbar unter: [https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Hintergrundpapier\\_Mehrwertsteuer\\_2018.pdf](https://www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/Hintergrundpapier_Mehrwertsteuer_2018.pdf). Letzter Zugriff am: 6.2.2025.
- Förster, H., Richter, B., Hünecke, K. (2023): Ernährungsprofile deutscher Haushalte und Verteilungswirkungen einer Mehrwertsteuerreform im Bedürfnisfeld Ernährung. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2023/2023\\_11\\_FOES\\_ernaehrungsprofile\\_deutscher\\_haushalte.pdf](https://foes.de/publikationen/2023/2023_11_FOES_ernaehrungsprofile_deutscher_haushalte.pdf). Letzter Zugriff am: 4.1.2024.
- FÖS (2012): Klimaschutzorientierte Reform statt Senkung der Stromsteuer. Argumente und Positionen zu aktuellen Reformvorschlägen bei der Stromsteuer. Abrufbar unter: [http://www.foes.de/pdf/2012-12\\_FOES\\_Diskussionspapier\\_Stromsteuersenkung.pdf](http://www.foes.de/pdf/2012-12_FOES_Diskussionspapier_Stromsteuersenkung.pdf). Letzter Zugriff am: 18.11.2013.
- FÖS (2020): Zehn klimaschädliche Subventionen im Fokus – Wie ein Subventionsabbau den Klimaschutz voranbringt und den Bundeshaushalt entlastet. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2020/2020-11\\_FOES\\_10\\_klimaschaedliche\\_Subventionen\\_im\\_Fokus.pdf](https://foes.de/publikationen/2020/2020-11_FOES_10_klimaschaedliche_Subventionen_im_Fokus.pdf). Letzter Zugriff am: 26.11.2020.

- FÖS (2021a): Klimaschädliche Subventionen abbauen, den Gordischen Knoten der Klimapolitik lösen Wirkung, Akzeptanz und die Pläne der Parteien. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2021/2021-07\\_FOES\\_PolicyBrief-Subventionsabbau.pdf](https://foes.de/publikationen/2021/2021-07_FOES_PolicyBrief-Subventionsabbau.pdf). Letzter Zugriff am: 29.9.2021.
- FÖS (2021b): Zehn klimaschädliche Subventionen sozial gerecht abbauen – ein Zeitplan. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2021/2021-02\\_FOES\\_Klimaschaedliche\\_Subventionen\\_sozial\\_gerecht\\_abbauen.pdf](https://foes.de/publikationen/2021/2021-02_FOES_Klimaschaedliche_Subventionen_sozial_gerecht_abbauen.pdf). Letzter Zugriff am: 2.3.2021.
- FÖS (2022): Marktkräfte für den Klimaschutz nutzen: Reformimpulse für mehr Klimaschutz in den öffentlichen Finanzen. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2022/2022-09\\_FOES\\_11-Massnahmen-Klimaschutz.pdf](https://foes.de/publikationen/2022/2022-09_FOES_11-Massnahmen-Klimaschutz.pdf). Letzter Zugriff am: 6.10.2022.
- FÖS (2023a): Kurzfristiges finanzielles Potential durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2023/2023-11\\_FOES\\_Subventionsabbau\\_KTF-Luecke.pdf](https://foes.de/publikationen/2023/2023-11_FOES_Subventionsabbau_KTF-Luecke.pdf). Letzter Zugriff am: 8.1.2025.
- FÖS (2023b): Durcheinander um den Subventionsbegriff. Abrufbar unter: [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user\\_upload/W\\_Focus\\_Paper\\_14\\_Subventionspolitik.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/W_Focus_Paper_14_Subventionspolitik.pdf). Letzter Zugriff am: 30.8.2023.
- FÖS (2023c): Mehr politischer Wille fürs Klimageld gefragt. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2023/2023-03\\_FOES\\_Policy\\_Brief\\_Klimageld.pdf](https://foes.de/publikationen/2023/2023-03_FOES_Policy_Brief_Klimageld.pdf). Letzter Zugriff am: 22.11.2023.
- FÖS (2023d): Industriestrompreis: hohe Kosten, wenig Transformation. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2023/2023-10-26\\_FOES\\_Position\\_Industriestrompreis.pdf](https://foes.de/publikationen/2023/2023-10-26_FOES_Position_Industriestrompreis.pdf). Letzter Zugriff am: 18.11.2024.
- FÖS (2024a): Die Inflation macht alles teurer – nur der Umweltverbrauch wird günstiger. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2024/2024-02\\_FOES-Steuerstruktur.pdf](https://foes.de/publikationen/2024/2024-02_FOES-Steuerstruktur.pdf). Letzter Zugriff am: 2.7.2024.
- FÖS (2024b): Klimageld schafft Ausgleich. Effekte von CO<sub>2</sub>-Preisen und Entlastungswirkungen eines umfassenden Klimageldes. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2024/2024-06-Greenpeace\\_Studie\\_Klimageld-schafft-Ausgleich.pdf](https://foes.de/publikationen/2024/2024-06-Greenpeace_Studie_Klimageld-schafft-Ausgleich.pdf). Letzter Zugriff am: 11.2.2025.
- FÖS (2024c): Energiekosten: Wie hoch ist die Belastung der Industrie? Entwicklung der Energiestückkosten nach Branchen im Zeitverlauf. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2024/2024\\_12\\_FOES\\_Energiestueckkosten-Industrie.pdf](https://foes.de/publikationen/2024/2024_12_FOES_Energiestueckkosten-Industrie.pdf). Letzter Zugriff am: 12.2.2025.
- FÖS (2024d): Wie verbraucherfreundlich sind dynamische und variable Stromtarife?. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2024/2024\\_FOES\\_Dynamische\\_Tarife.pdf](https://foes.de/publikationen/2024/2024_FOES_Dynamische_Tarife.pdf). Letzter Zugriff am: 12.2.2025.
- FÖS (2024e): Klima-Finanzpolitik im Verkehr. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2024/2024-12\\_FOES-KlimaFinanzpolitik-Verkehr.pdf](https://foes.de/publikationen/2024/2024-12_FOES-KlimaFinanzpolitik-Verkehr.pdf). Letzter Zugriff am: 12.2.1015.
- FÖS (2025): G7 - Leere Versprechungen. Wo Deutschland und G7 beim Subventionsabbau stehen. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2025/2025-02-FOES\\_G7\\_fossile\\_Subventionen.pdf](https://foes.de/publikationen/2025/2025-02-FOES_G7_fossile_Subventionen.pdf). Letzter Zugriff am: 8.2.2015.
- FÖS, Öko-Institut (2024): Umsetzung des ETS II und des Klima-Sozialfonds in Deutschland. Abrufbar unter: [https://foes.de/publikationen/2024/2024-02\\_KAD\\_ETS2-KSF.pdf](https://foes.de/publikationen/2024/2024-02_KAD_ETS2-KSF.pdf). Letzter Zugriff am: 11.12.2024.
- Fraunhofer ISE (2024): Wege zu einem klimaneutralen Energiesystem – Bundesländer im Transformationsprozess. Abrufbar unter: <https://www.ise.fraunhofer.de/de/veroeffentlichungen/studien/wege-zu-einem-klimaneutralen-energiesystem.html>. Letzter Zugriff am: 22.1.2025.
- Garnett, T., Röös, E., Little, D. (2015): Lean, green, mean, obscene...? What is efficiency? And is it sustainable? Animal production and consumption reconsidered. Abrufbar unter: <https://dSPACE.stir.ac.uk/bitstream/1893/24127/1/fcrn%20%281%29.pdf>. Letzter Zugriff am: 6.2.2025.
- Haan, P., Santonja, A., Zaklan, A. (2024): Effectiveness and Heterogeneous Effects of Purchase Grants for Electric Vehicles. In: Environmental and Resource Economics. Abrufbar unter: <https://link.springer.com/10.1007/s10640-024-00929-z>. Letzter Zugriff am: 2.12.2024.
- Hentze, T., Beznoska, M. (2024): Wahlprogramme: Was die Entlastungen der Parteien bedeuten. Abrufbar unter: <https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/tobias-hentze-martin-beznoska-was-die-entlastungen-von-spd-und-union-bedeuten.html>. Letzter Zugriff am: 10.2.2025.
- Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung (2022): Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung. Abrufbar unter: [https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/\\_Tiere/Nutztiere/kompetenznetzwerk-nutztierhaltung-april-2022.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Tiere/Nutztiere/kompetenznetzwerk-nutztierhaltung-april-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=4). Letzter Zugriff am: 6.2.2025.

- Preuss, M., Reuter, W. H., M. Schmidt, C. (2019): Verteilungswirkung einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung in Deutschland. In: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Abrufbar unter: [https://www.sachverständigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Arbeitspapiere/Arbeitspapier\\_08\\_2019.pdf](https://www.sachverständigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Arbeitspapiere/Arbeitspapier_08_2019.pdf). Letzter Zugriff am: 28.6.2021.
- Prognos (2024): Klimaschutzinvestitionen für die Transformation des Energiesystems – nach Sektoren und Anwendungen. Abrufbar unter: <https://www.prognos.com/sites/default/files/2024-07/Klimaschutzinvestitionen-Prognos-2024-07-18.pdf>. Letzter Zugriff am: 22.1.2025.
- Rat der Europäischen Union (2022): Richtlinie (EU) 2022/542 des Rates vom 5. April 2022 zur Änderung der Richtlinien 2006/112/EG und (EU) 2020/285 in Bezug auf die Mehrwertsteuersätze. Abrufbar unter: <http://data.europa.eu/eli/dir/2022/542/oj/deu>. Letzter Zugriff am: 20.12.2023.
- SPD, Sozialdemokratische Partei Deutschlands (2025): Mehr für dich. Besser für Deutschland. Das Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2025. Abrufbar unter: [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD\\_Programm\\_bf.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD_Programm_bf.pdf). Letzter Zugriff am: 5.2.2015.
- Springmann, M., Clark, M. A., Rayner, M., Scarborough, P., Webb, P. (2021): The global and regional costs of healthy and sustainable dietary patterns: a modelling study. In: The Lancet Planetary Health. Jg. 5, Nr. 11. S. e797–e807.
- Stark, K., Kehlbacher, A., Mattioli, G. (2023): Mobilitätsarmut und soziale Teilhabe in Deutschland. Studie für Agora Verkehrswende 2023. Abrufbar unter: <https://rdoi.net/10.13140/RG.2.2.23455.94888>. Letzter Zugriff am: 29.9.2023.
- Statista, Janson, M. (2024): Strompreise in 2024 rückläufig. Abrufbar unter: <https://de.statista.com/infogra-fik/33667/strompreise-fuer-haushalte-und-industrie-in-deutschland/>. Letzter Zugriff am: 11.2.2025.
- UBA (2021a): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland. Abrufbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltschaedliche-subventionen-in-deutschland-0>. Letzter Zugriff am: 26.1.2022.
- UBA (2021b): Perspektiven für eine umweltverträgliche Nutztierhaltung. Abrufbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/perspektiven-fuer-eine-umweltvertraegliche>. Letzter Zugriff am: 6.2.2025.
- UBA (2021c): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland – Aktualisierte Ausgabe 2021. Dessau-Roßlau; Berlin. Abrufbar unter: [https://stories.umweltbundesamt.de/system/files/document/143-2021\\_umweltschaedliche\\_subventionen\\_0.pdf](https://stories.umweltbundesamt.de/system/files/document/143-2021_umweltschaedliche_subventionen_0.pdf). Letzter Zugriff am: 1.12.2022.
- UBA (2024): Klimaschutz in der Landwirtschaft. Abrufbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/landwirtschaft/landwirtschaft-umweltfreundlich-gestalten/klimaschutz-in-der-landwirtschaft>. Letzter Zugriff am: 6.2.2025.
- Union, Christlich Demokratische Union (CDU) und Christlich-Soziale Union (CSU) (2025): Politikwechsel für Deutschland. Wahlprogramm von CDU und CSU. Abrufbar unter: [https://www.cdu.de/app/uploads/2025/01/km\\_bt看\\_2025\\_wahlprogramm\\_langfassung\\_ansicht.pdf](https://www.cdu.de/app/uploads/2025/01/km_bt看_2025_wahlprogramm_langfassung_ansicht.pdf). Letzter Zugriff am: 5.2.2015.
- ZEW (2025): Reformvorschläge der Parteien zur Bundestagswahl 2025: Finanzielle Auswirkungen. Gutachten. Abrufbar unter: [https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Bundestagswahlprogramme\\_ZEW\\_2025.pdf](https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Bundestagswahlprogramme_ZEW_2025.pdf). Letzter Zugriff am: 7.2.2025.
- ZKL (2021): Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft. Abrufbar unter: [https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Landwirtschaft/abschlussbericht-zukunftskommission-landwirtschaft.pdf?\\_blob=publicationFile&v=17](https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Landwirtschaft/abschlussbericht-zukunftskommission-landwirtschaft.pdf?_blob=publicationFile&v=17). Letzter Zugriff am: 6.2.2025.
- ZKL (2024): Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in schwierigen Zeiten – Strategische Leitlinien und Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft. Abrufbar unter: [https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Landwirtschaft/zukunft-landwirtschaft-bericht-2024.pdf?\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Landwirtschaft/zukunft-landwirtschaft-bericht-2024.pdf?_blob=publicationFile&v=6). Letzter Zugriff am: 6.2.2025.